

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,80 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Platzverweihen ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Biltorfastr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Berggewerbeberichterwahl an der Saar.

Am Mittwoch, dem 26. März, wählen die Saarbergarbeiter ihre Beisitzer zu den Berggewerbeberichten. Die Beisitzer sind Richter in allen aus dem Arbeitsverhältnis entstandenen Klagen. Wenn in den Tarifauschüssen keine Einigung in Fragen des Lohn- und Tarifvertrages, der Arbeitsordnung oder einer anderen Streitfrage erfolgt, ist die nächste Instanz das Berggewerbegericht. Das Berggewerbegericht setzt sich zusammen aus einem Richter, einem Beisitzer der Arbeitgeber und einem solchen der Arbeitnehmer. Die Beisitzer üben also richterliche Befugnisse aus. Sie sprechen Recht in dem einzelnen vorliegenden Fall.

Die Berggewerbegerichte sind damit die Instanzen, die den Arbeitgeber zur Innehaltung seiner rechtlichen Verpflichtungen gegenüber dem Arbeiter anhalten und verpflichten sollen. Daß hier alles darauf ankommt, wer die Personen sind, die das Berggewerbegericht bilden und das Urteil fällen, ist selbstverständlich. Es gibt wohl kaum eine Instanz, in der es mehr auf den Persönlichkeitswert des einzelnen ankommt.

Der Beisitzer aus den Reihen der Arbeiterschaft muß die einzelnen Rechtsbestimmungen kennen. Besonders muß er auch mit dem Bergbau verwachsen sein, denn er steht gewissermaßen als Sachverständiger dem Arbeitgeber gegenüber. Der Richter kennt naturgemäß nicht alle Einzelheiten des Bergbaues und seine Betriebsrichtungen. Der erfahrene Arbeiterbeisitzer ist deshalb der eigentliche Berater und Richter in allen Streitfällen seiner Kameraden. Er ist aber auch Vertrauensmann seiner Organisation, welche mit Rat und Tat hinter ihm steht. Deshalb ist die Wahl zu den Berggewerbeberichten nicht nur eine Wahl der Person, sondern auch der Organisation, welcher der Kandidat angehört und welche ihn vorschlägt.

Auch die Wahl der Berggewerbeberichter ist deshalb ein Gradmesser für die Stärke der Organisation, weshalb alle wahlberechtigten Mitglieder des Verbandes sich an der Wahl beteiligen müssen. In Anbetracht der am 24. April stattfindenden Sicherheitsmännerwahl war er wegen worden, durch Einreichung einer gemeinsamen Liste der beiden Bergarbeiterorganisationen eine Wahl überflüssig zu machen. Unser Verband war unter Wahrung des bisherigen Besitzstandes dazu bereit. Der christliche Gewerksverein jedoch verlangte, daß der Verband auf drei Mandate verzichten solle, da der Gewerksverein doch die Mandate gewinnen werde. Diesen Antrag des christlichen Gewerksvereins mußte die Verbandsleitung ablehnen und dem Gewerksverein Gelegenheit geben, sich die Mandate zu erobern. Der christliche Gewerksverein wird alle seine Anhänger zur Wahlurne bringen, deshalb ist es auch Pflicht der Verbandsmitglieder, reiflos von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen!

Bergarbeiter! Wählt rückgratfeste, verantwortungsbewußte Beisitzer, welche in der Lage sind, eure Interessen auch vertreten zu können! Diese Beisitzer sind die Verbandskandidaten.

Der Verband hat im Jahre 1927: 38 Fälle, 1928: 170, 1929: 61 Fälle am Berggewerbegericht eingereicht und durch seine Rechtschutzstelle vertreten.

Die Klage unseres Verbandes bei der Arbeiterentlassung im Febr. 1928 brachte

4000 Bergarbeitern je sechs Schichten Lohnnachzahlung!

Die Zahlung des Lohnausfalles bei Schöffens-, Geschworenens- und Gemeinderatsstätigkeit wurde durch Klage des Verbandes grundsätzlich zugunsten der Arbeiter entschieden.

Daneben sei erwähnt, daß der Verband auf dem Klagewege für seinen Sicherheitsmann Hermann Schmidt aus Dittweiler wegen Amtsenthebung und Entlassung 20 000 Fr. herausgeholt hat, die die Grubenverwaltung zahlen mußte. Tausende von Frank hat der Verband in anderen Rechtsstreitigkeiten an den Berggewerbeberichten den Kameraden zurückgewonnen.

Die Wichtigkeit der Wahl sollte deshalb jeden Arbeiter zwingen, sein Wahlrecht auszuüben und seine Stimme den Verbandskandidaten zu geben.

Es wird auf allen Inspektionen mit Ausnahme von Dudweiler, Heilich und Emsdorf gewählt. Wahlberechtigt ist jeder am 26. März 20 Jahre alte Arbeiter, welcher im Berggewerbeberichtsbezirk wohnt oder arbeitet und in der Wählerliste steht. Die Stimmzettel haben die Eisenbezeichnung A oder B.

Die Listen des Verbandes haben auf dem Stimmzettel den Buchstaben A. Derjenige Wähler, welcher den Stimmzettel mit dem Buchstaben A abgibt, wählt die nachfolgenden Verbands- und Kandidaten der freien Gewerkschaften:

- I. Kammer Saarbrücken, Stimmzettel Liste A.**
 - Berginspektion III, von der Heydt: Josef Mang (Hitzberg).
 - Berginspektion XI, Camphausen-Bresfeld: Matthias Salm (Hühnerfeld).
 - Berginspektion St. Ingbert: Josef Fellig (St. Ingbert).
 - Hafenamt, Faktorei und Bergwerksdirektion: Max Weber (Saarbrücken).
- II. Kammer Böcklingen, Stimmzettel Liste A.**
 - Inspektion II, Couisenthal: Karl Ulrich (Ludweiler).
 - Inspektion XII, Geislauren-Hofenbach: Kaspar Fektor (Ludweiler), Johann Heu (Schaffhausen).
- III. Kammer Sulzbach, Stimmzettel Liste A.**
 - Inspektion V, Sulzbach: Jak. Spies (Sulzbach-Altenwald).
 - Inspektion IX, Friedrichsthal-Maybach: Josef Jochem (Belling), Robert Redtenwald (Bildstod).
 - Inspektion X, Göttesborn-Dilsburg: Jak. Welter (Humes), Adolf Lamperty (Göttesborn).
- IV. Kammer Neunkirchen, Stimmzettel Liste A.**
 - Inspektion VI, Reden: Philipp Weber (Heiligenwald), Karl Stahl (Niederlingweiler).
 - Inspektion VIII, König-Rohltwald: Karl Stein (Neunkirchen), Johann Welter (Dittweiler).
 - Inspektion Frankenthal, Mittelbergbach und Wellesweiler: Hermann Emich (Waldmohr).

Alle zwanzig Jahre alten Bergarbeiter wählen am 26. März die Liste A und damit die vorstehenden Kandidaten der freien Gewerkschaften!

Die Betriebsrätewahlen

müssen zu einem Siege unseres Verbandes über alle seine Gegner werden. Der Hauptfeind steht heute in den Reihen der Kommunisten. Es sind jene Kreise, die durch kommunistische Sonderlisten die Einheit zerstören.

Bergarbeiter, gebt diesen Geschäftemachern die richtige Antwort!

Klärt die Indifferenten auf, daß nur eine starke Gewerkschaftsmacht für die Arbeiter Erfolge erringen kann. Fort mit den Zerstörern der Einigkeit!

Jede Stimme unserer Verbandsliste!

wäre das beste Mittel dafür; der steht die Kartellwirtschaft im Wege. Bleibt nur der andere Weg: die Lohnerhöhung, die ja infolge des gewaltigen technischen Fortschritts mit einem verminderten Anteil der Lohnkosten an den gesamten Kosten der Produktion verbunden bleiben kann.

Dieses Problem leitet zu unserem Ausgangspunkt zurück. Woher kommt die gewaltige Arbeitslosigkeit? Zum Teil ist sie ja saisonmäßig bedingt, zum Teil ist sie die Folge der Rationalisierung. Bedenkt man, daß sich die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland seit Anfang 1925 um etwa zwei Millionen erhöht hat, so erscheinen die Schwierigkeiten der Unterbringung der freigesetzten Arbeitskräfte besonders groß. Indessen können saisonmäßiger Ausfall von Beschäftigung und Freisetzung von wagnationalisierten Arbeitskräften den ganzen Umfang der gegenwärtigen gewaltigen Arbeitslosigkeit nicht voll erklären. Es bleibt ein erheblicher Rest von Arbeitslosen, deren Erwerbslosigkeit auf konjunkturellen Rückschlag zurückzuführen ist.

Die Ursache dieses Konjunkturrückchlages läßt sich auf die kurze Formel bringen:

Das Kapital ist in den Streit getreten!
Unternehmerkapital und Bankkapital entziehen ihre Kräfte der Produktion. Trotz Geldflüssigkeit, ermäßigter Zinssätze und guter Aussichten für Auslandsanleihen wird sowohl die Inanspruchnahme des Kredits wie die Kreditgewährung zurückgehalten. Unternehmungen, die ohne Schwierigkeiten Produktionskredite erhalten könnten, nehmen sie nicht in Anspruch, andere, die arg kapitalbedürftig sind und ohne neue Kredite am Rand des Zusammenbruchs stehen, ja in vielen Fällen auch zusammenbrechen, erhalten die Kredite nicht. Ein großer Teil der Inlandskapitalien fand den Weg nach dem Ausland. (Kapitalflucht.) Zu diesem Streit des privaten Kapitals kommt noch hinzu, daß es auch noch die öffentliche Wirtschaft zum Steiern zwingt. Es stellt ihre Streikposten an die Pforten der öffentlichen Wirtschaft und hindert diese, den Konjunkturrückschlag durch öffentliche Aufträge zu erleichtern.

Die Ursache des Kapitalstreits ist die Erschütterung des Vertrauens. Doch hat diese Erschütterung nichts zu tun mit einer ungenügenden Rentabilität der deutschen Industrie. Der im Verhältnis zu vielen Ländern höhere Zinsfuß und die größere Steuerlast in Deutschland werden durch die gewaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit der Industrie mehr als ausgeglichen. Es war die völlig grundlose Angst vor der Inflation, vor einer Verschlechterung der Währung, verbunden mit einer unverantwortlichen Finanz- und Steuerdemagogie, die die Unternehmungslust untergrub und die Kreditverföhrung verschlechterte. Große Teile der mittleren und der kleinen Industrie erhalten dank dieser — durch zahlreiche Zusammenbrüche genährten — Stimmung keine Bankkredite, selbst wenn sie bereit wären, noch so hohe Zinsen zu zahlen, während die kreditfähigen Großunternehmungen die Kredite nicht haben wollen. Der englische Nationalökonom Pigou führt eine solche Verweigerung der Inanspruchnahme von Krediten auf „Irrtümer des Pessimismus“, der bekannte Kredittheoretiker Hawtrey auf „Mangel an Vertrauen“ zurück, als dann eine noch so tiefe Senkung der Zinssätze die Produktion nicht anregen kann. In diesem Fall — sagt Hawtrey — würden nicht einmal zinslose Kredite helfen, und fügt hinzu, daß eine solche Verweigerung der Kreditnahme nicht möglich ist, ausgenommen als „Reaktion auf Inflationsgerüchte“. Das gerade war in Deutschland der Fall. Die zur Zeit der Pariser Konferenz begonnene wüste Agitation führte zu einer Kapitalflucht großen Umfangs, die seit dieser Zeit andauert. Die Finanz- und Steuerdemagogie, vom früheren Reichsbankpräsidenten Schacht unterstützt, wirkte in derselben Richtung. Die soziale Reaktion hat den Bogen derart überspannt, daß nun die ganze Wirtschaft getroffen ist. Das Millionenheer der Arbeitslosen soll daran glauben. Dieses Heer muß zwangsläufig wachsen; die Arbeitslosigkeit pflanzt sich fort. Die Kaufkraft der Erwerbslosen ist stark gemindert, daher erzeugt die Arbeitslosigkeit fortwährend neue Arbeitslosigkeit. So steht die deutsche Arbeiterschaft mitten drin in einer Welle der Arbeitslosigkeit, die sie nicht im geringsten verschuldet hat. Sie ist daher unter keinen Umständen bereit, es auf sich zu nehmen, daß die Vertrauenskrise auf ihrem Rücken behoben werde. Nicht Löhne und soziale Ausgaben sind für die gegenwärtige Lage verantwortlich, ihre Senkung für die Zukunft ist sowohl sozial wie auch wirtschaftlich unerwünscht. Diesen Standpunkt werden wir verfechten, unbekümmert um Erklärungen von Wirtschaftsführern und einseitig eingestellten Professoren.

Wer trägt die Schuld?

Weshalb haben wir die ungeheure Arbeitslosigkeit, die über das Ausmaß der vorjährigen stark hinausgeht, trotzdem im Vorjahre der strenge Winter die Beschäftigung stark erschwerte? Die Unternehmer antworten: Die Kapitalbildung ist nicht rasch genug, die Kapitalverföhrung ungenügend, der Zinsfuß unerträglich hoch. Andere wollen die tieferen Ursachen der Schwierigkeiten angeben, indem sie auf die Reparationslasten und auf die angebliche Armut der deutschen Wirtschaft hinweisen. Der Staat, die öffentliche Wirtschaft, die Arbeiterschaft leben über ihre Verhältnisse; erst wenn sie auf schmale Kost gesetzt werden, kann die Wirtschaft einen Aufschwung nehmen, können die Arbeitslosen Beschäftigung finden. Solche Gedanken sind u. a. in der Erklärung enthalten, die kürzlich mit der Unterschrift von Wirtschaftsführern, liberalen Politikern und Professoren veröffentlicht wurde. Man redet dort von Kapitalischwund, Besteuerung der für die Kapitalbildung erforderlichen Kapitalüberschüsse, erblickt in der „echten und dauernden Senkung des Zinsfußes“ die wesentliche Voraussetzung der Gesundung des Arbeitsmarktes und erwartet die Zinsfußsenkung von einer „tiefergehenden Erleichterung der öffentlichen Lasten“. Die Erklärung fordert eine „sachliche“ Wirtschaftspolitik, ohne zu sagen, was man sich darunter vorstellen soll. Offenbar liegt ihr aber eine starke Identifizierung mit den üblichen Unternehmerforderungen zugrunde. Das ist um so mehr anzunehmen, da unter den Unterzeichnern der Erklärung sich auch bekannte Scharfmacher, darunter der ausgeschiedene Reichsbankpräsident Schacht, befinden.

Wir können einigermaßen verstehen, daß diese Erklärung neben Wirtschaftskapitalien und ahnungslosen Naturwissenschaftlern auch von einigen Nationalökonomien von der liberalen Schule unterschrieben wurde. Die Liberalen stehen auf der Grundlage einer überlebten Wirtschaftstheorie und Staatsidee und vertreten die Forderung, der Staat möge sich Eingriffen in das Wirtschaftsleben enthalten. Starke Besteuerung, öffentliche Wirtschaft, ausgebauter Sozialpolitik kann mit dieser Theorie schwer vereinbart werden. Trotzdem kann man auch den liberalen Professoren, selbst wenn man ihren Anschauungen den vor dem Alter jener Theorien gebührenden Respekt zollt, den Vorwurf nicht ersparen, daß sie eine programmatische Erklärung über die Aufgaben und das Schicksal der deutschen Wirtschaft unterschrieben, die entscheidende wirtschaftliche Tatsachen übergeht. Von Arbeitslosigkeit, von deren Ursachen und den Mitteln ihrer Beseitigung ist dort die Rede, kein Wort aber von der Rationalisierung und ihren Folgen, von den wirtschaftlichen Monopolen und ihrer Preispolitik, kein Wort von den Hochschulzöllen! Es ist nur natürlich, daß die Großunternehmer, die jene Erklärung verfaßten, über diese Punkte wohlweislich schwiegen. Aber die liberalen Professoren!

Die Unternehmer sagen: wie sollen die Arbeitslosen in der Wirtschaft untergebracht werden, wenn die Produktionskosten nicht sinken, wenn nicht neue Kaufkraft entsteht, die die Unterbringung der Freigesetzten ermöglichen soll? Die Antwort wurde von uns schon öfters gegeben. (Siehe besonders Leitartikel in der Nr. 11 der „Bergbau-Industrie“.) Die Preislenkung

Betriebsstillegungen und Massenentlassungen an der Ruhr.

Auf acht Schachtanlagen im Monat März über 4500 Arbeiter entlassen. — Das Oberbergamt als stellvertretende Demobilisationsbehörde. — Die Betriebsräte der Arbeitnehmergewerkschaften sowie deren Vertreter gegen die Entlassungen. — Vertreter des Zechenverbandes und der Unternehmer als Verleumder und Scharfmacher. — Der revolutionäre Betriebsausschuss von Neumühl, im Fahrwasser der Zechenverwaltung, gibt die Rechte der Arbeiter preis.

Die Wirtschaftskrise, die zur Zeit in Deutschland über drei Millionen Arbeitslose zeitigt, macht sich seit Beginn dieses Jahres auch im Bergbau in scharfer Form bemerkbar. Das vergangene Jahr war für die Grubenunternehmer, besonders im Ruhrbergbau, ein gutes. Um über 17 000 Arbeitnehmer wurde im vergangenen Jahre die Belegschaft auf den Ruhrzechen vermehrt. Die Kohlenförderung stieg zeitweise bis auf über 440 000 Tonnen täglich. Dies allein ist schon ein Beweis dafür, daß das Grubenunternehmertum im vergangenen Jahre sehr gut verdient hat. Die Arbeitslosigkeit im Ruhrbergbau war im vergangenen Jahr auf ein verschwindend geringes Maß gesunken. Im Oktober 1929 setzte dann auch allmählich im Bergbau die Krise ein. Es wurden Feiertagschichten eingelegt und auch vereinzelt Arbeiter entlassen. Der Kohlenabfahrmangel infolge nicht genügender Aufträge, hervorgerufen durch den milden Winter — wie die Unternehmer annehmen —, hatte zur Folge, daß seit Januar Feiertagschichten und Betriebseinschränkungen in größerem Umfange erfolgten. Allein im Monat Februar, der nur 24 Arbeitstage hatte, sind auf einer Anzahl Zechen bis 7 Feiertagschichten eingelegt worden.

Daß der Lohn für die verfahrenen 17 Schichten, nach Abzug der üblichen Abgaben, nicht ausreichend ist für die in Frage kommenden Arbeiter und ihre Familien, braucht erst nicht gesagt zu werden. Hinzu kommt, daß trotz der vielen Feiertagschichten die Unternehmer — wie sie behaupten — gezwungen sind, Betriebseinschränkungen und Stilllegungen in größerem Umfange vorzunehmen.

Die Zeche Friedrich der Große hat in diesem Jahre mit der Massenentlassung, verbunden mit Betriebsstillegungen, den Anfang gemacht. Am 15. Februar wurde von ihr der Antrag beim Demobilisationskommissar auf Entlassung von 500 Arbeitern gestellt. Es folgte bald die Zeche Germania (Bereinigte Stahlwerke) mit 700, die Gutehoffnungshütte auf vier Schachtanlagen mit 2000, Zeche Westfalen mit 345 und Neumühl mit 400 Arbeitern. Die Zechen Friedrich der Große und Neumühl haben bereits neue Stilllegungen mit zusammen 500 Mann Entlassungen angemeldet, so daß bis Ende März auf den acht genannten Zechen rund 4500 Arbeitnehmer zur Entlassung gelangen.

Soweit wir bis jetzt unterrichtet sind, haben weitere Stilllegungen, verbunden mit Arbeiterentlassungen, angemeldet: die Zechen Zollern I und Kaiserstuhl II. Wenn es wahr ist, was uns der Bind zugetragen hat, dann sollen in diesem Jahre 50- bis 60 000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet abgebaut werden. Das Jahr 1930 scheint also für die Bergarbeiter ein schwarzes Jahr zu werden.

Bei den Stilllegungsverhandlungen, von denen sich mancher so viel verspricht, begründen die Vertreter der Zechen gewöhnlich ihre Maßnahmen mit der schlechten Wirtschaftslage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau.

Die Stilllegungen können von den Unternehmern nur nach den Bestimmungen der Verordnung über Betriebsstillegungen und Arbeitsstreckung vom 15. Okt. 1923 vorgenommen werden. Im Auftrage der Demobilisationsbehörde werden die Betriebsstillegungsverhandlungen für den Ruhrbergbau vom Oberbergamt Dortmund geführt. Bis Ende 1929 war als Stellvertreter Oberbergamtsdirektor Dr. Weise tätig. Unter seiner Regie wurden im Laufe der letzten Jahre auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen über 100 Zechen stillgelegt. Trotzdem wir in vielen Fragen mit Dr. Weise nicht einig gehen konnten, hat sich Dr. Weise bemüht, daß die Verhandlungen unter seiner Leitung streng sachlich und unparteiisch geführt wurden. Weisens fanden die Stilllegungsverhandlungen im großen Konferenzsaal des Oberbergamts in Dortmund statt, was natürlich im Interesse aller Beteiligten lag, ausgenommen höchstens die Vertreter der in Frage kommenden Zechen. Wenn die Stilllegungen nicht zu verhindern waren, hat Dr. Weise sich mit allem Nachdruck dafür eingesetzt, daß bei den Entlassungen nach Möglichkeit soziale Härten vermieden wurden. Selbst Fragen arbeitsrechtlicher Natur, soweit sie erörtert wurden, trotzdem sie eigentlich nicht seine Tätigkeit als Stilllegungskommissar berührten, hat er unter Hinzuziehung seiner juristischen Berater zu klären versucht.

Das ist unter seinem Nachfolger alles ganz anders. Zunächst finden die Verhandlungen nicht mehr im geräumigen Konferenzsaal des Oberbergamts in Dortmund, sondern in den engen Räumen der manchmal sehr abgelegenen Zechen statt. Daß es unter diesen Umständen dem Verhandlungsleiter sehr oft nicht möglich ist, Fragen zu klären, weil er keine juristischen Berater zur Hand hat, ist verständlich.

Wir fragen das Oberbergamt: Warum hat man es bei der früher geübten Methode nicht belassen? Nimmt man nur allein Rücksicht auf die Wünsche der Unternehmer und läßt die aller übrigen in Frage kommenden außer acht? Ist dem so, dann ist das unser Erachtens nicht unparteiisch gehandelt. Wie man es in solchem Falle vom Oberbergamt verlangen muß.

Bei den Verhandlungen versuchen die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen, soweit als möglich die Massenentlassungen zu verhindern. So wurde darauf hingewiesen, während der zur Zeit scharfen Kohlenabfahmkrise, die doch nur eine vorübergehende ist, die Urlaubserteilung sofort in größerem Umfange vorzunehmen, um Massenentlassungen zu verhindern. Immer und immer wieder wird den Unternehmern ins Gewissen geredet, daß die Arbeiter nicht allein die Lasten und Entbehrungen der Wirtschaftskrise tragen können, sondern daß auch die Unternehmer verpflichtet sind, Opfer zu bringen und sich schicktsalverbunden mit der Arbeiterschaft zu fühlen.

Seitens der Betriebsvertretungen wird gewöhnlich darüber geklagt, daß die Zechenverwaltungen sich nicht früh genug über die getroffenen Maßnahmen mit der Betriebsvertretung gemäß § 74 B.R.G. ins Benehmen setzen. Weiter wurde von ihnen der Wunsch der Belegschaft zum Ausdruck gebracht, noch weitere Feiertagschichten auf sich zu nehmen, um zu verhindern, daß große Teile der Arbeiterschaft der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen.

In die Verbandsmitglieder!

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Wahl der Delegierten zu unserer 27. Generalversammlung am Sonntag, dem 6. April 1930

von 2 bis 6 Uhr nachmittags stattfindet und verweisen auf die bekanntgegebene Wahlordnung in Nr. 3 unseres Verbandsorgans vom 18. Januar 1930. Es muß Aufgabe aller Zahlstellenverwaltungen sein, dafür zu sorgen, daß die Wahlbeteiligung eine gute wird und die Mitglieder dafür sorgen, daß die zu wählenden Delegierten von einer großen Mehrheit der Mitglieder gewählt werden.

Im übrigen bitten wir, die Bestimmungen der Wahlordnung genau zu beachten und dafür zu sorgen, daß daneben auch die Bestimmungen des Statuts ihre Berücksichtigung finden. Der Vorstand.

Trotz dieser Opfer, die die Arbeiterschaft bereit ist, zu tragen, bringen Vertreter des Zechenverbandes es fertig, wie wir in den letzten Tagen erfahren haben, zu behaupten, „die Bergarbeiter wollen lieber der Erwerbslosenfürsorge überwiegen werden, als zu arbeiten.“ Diese Behauptung ist eine niederträchtige Verleumdung der Bergarbeiterschaft und sie verdient, niedriger gehängt zu werden.

Gewöhnlich sind es auch die Vertreter des Zechenverbandes, die bei den Verhandlungen die Zechenverwaltungen auffordern, über den Tarifvertrag hinaus keine weiteren Zugeständnisse zu machen.

Wie brutal das Grubenunternehmertum mitunter gegen die Arbeiter handelt, konnte man so recht bei der Stilllegungsverhandlung auf Germania (Bereinigte Stahlwerke) sehen. Hier

solten 700 Mann entlassen werden. Der Wunsch der Arbeitnehmer, diese 700 auf die 40 Zechen der Vereinigten Stahlwerke zu verteilen, damit nach Möglichkeit Härten vermieden würden, wurde glatt abgelehnt. Die Direktion dieser Zeche hatte aber noch ein weiteres getan, womit sie ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ bewies. Sie hatte beantragt, die Sperrfrist um fünf Tage zu verkürzen, damit noch zum 15. März die Entlassungen erfolgen konnten. Der Vertreter der Regierung erklärte aber, daß die Genehmigung hierzu nicht erteilt würde. Darauf jagte wütend der Rechtsbeistand der Direktion, daß die Entlassungen nun ohne Rücksicht auf die Kündigungsvorschrift nach Beendigung der Sperrfrist am 20. März erfolgen würden. Sofern die Verwaltung ihr Vorhaben ausführt, raten wir unseren Mitgliedern, soweit sie bei der Entlassung mit betroffen werden, beim Arbeitsgericht Klage auf Ausstellung der Entlassungspapiere zu dem in der Arbeitsordnung vorgesehenen Entlassungstermin und auf weitere Lohnzahlung bis zu diesem Termin einzureichen.

Wie die Bergarbeiterschaft seitens der Unternehmer für ihre aufopfernde Tätigkeit bei Krankheit behandelt wird, hat die Zeche Friedrich der Große bei der am 12. März stattgefundenen zweiten Stilllegungsverhandlung bewiesen. Angezeigt waren von ihr 300 Mann, die noch zur Entlassung kommen mußten. Es stellte sich bei der Verhandlung aber heraus, daß die Zeche außerdem noch 96 krankfeiernde Arbeiter „vorsorglich“, wie sie es nannte, gekündigt habe. Die Arbeitnehmervertreter haben bestritten, daß die Zeche innerhalb der vierwöchigen Sperrfrist über die gemeldete Zahl von 300 noch weitere Arbeiter entlassen dürfe. In dem Verhalten der Zechenbesitzer erkennen die Bergarbeiter den Dank, der ihnen gezollt wird, wenn sie infolge ihrer Arbeit für den Unternehmer krank und gebrechlich geworden sind. So sieht das Wohlwollen der Grubenunternehmer aus. Helfen kann den Bergarbeitern nur eine starke Organisation.

Wie bei den Stilllegungsverhandlungen die Vertreter der sogenannten

„revolutionären Opposition“

die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, konnte man bei der Stilllegungsverhandlung am 11. März auf Zeche Neumühl in Szomborn feststellen. Der gesamte Betriebsausschuss, außer den Angestellten, ist auf dieser Zeche von „Oppositionellen“ besetzt. Was haben diese „Weltbeglückter“ nun getan, um die Stilllegung auf Neumühl zu verhindern? Rein gar nichts! Im Gegenteil, sie fanden sich sogar bereit, die Rechte der Arbeiter an den Unternehmer preiszugeben. Bei der Verhandlung über die Entlassung von 400 Mann teilte der Zechendirektor mit, daß er bereits eine zweite Meldung auf weitere Entlassung von 200 Arbeitern gemacht habe. Er regte an, seine weiteren Verhandlungen wegen dieser 200 Mann anzusetzen, und wünschte die Zustimmung sämtlicher Anwesenden zu dieser Entlassung. Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisation sowie deren Betriebsräte sprachen sich ganz entschieden gegen diesen Vorschlag aus. Sie wiesen darauf hin, daß in drei bis vier Wochen unter Umständen die Situation eine ganz andere wäre und man nicht jetzt schon die Interessen der betreffenden Arbeiter preisgeben könne. Wer nun glaubte, daß die „Klassenbewußte Opposition“ sich erst recht gegen den vom Direktor gemachten Vorschlag wenden würde, wurde eines anderen belehrt.

Der Wortführer dieser „Auch-Arbeitervertreter“ erklärte im Namen seiner Freunde, der Ansicht des Herrn Direktors zuzustimmen. Es habe keinen Zweck, wegen der 200 Mann, die später zur Entlassung kommen sollen, nochmals zu einer Verhandlung zusammenzukommen.

So sieht die Interessenvertretung der Arbeiter durch diese Mamelucken aus. In den Versammlungen können sie den Mund nicht weit genug aufreißen, um über den Verrat der reformistischen Gewerkschaft und deren Vertreter zu schreiben. Bei praktischer Arbeit versagen sie vollkommen, segeln sogar ins Fahrwasser des Unternehmertums.

Kameraden! Merkt euch dieses! Gebt dieser Sorte von „Klassenkämpfern“ bei der Betriebsratswahl die richtige Antwort, indem ihr nur die Liste der freien Gewerkschaften wählt.

Die Notopferidee und ihr Echo.

Der Arbeitslose.

Diese Arbeitslosen sind doch wunderliche Menschen. Wilhelm Meier sitzt dabei im Ofen. Er legt die Zeitung aus der Hand, die er nicht von einem Nachbarn geliehen hat, und vergräbt sein sorgenerfülltes Gesicht in beiden Händen.

„Wieder einmal vergeblich“, denkt er. Wie ist er nun schon all die Monate herumgeirrt, von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle geht, und immer wieder und wieder derselbe abtagende Bescheid, das gleiche negative Ergebnis. Ein Jammerleben ist es! Der Speisetzettel für seine Familie enthält immer wieder dieselben jämmerlichen Suppen. Die Kinder können einem leid tun. Herrgott! Wie wird es erht werden, wenn er ausgeteuert ist?

Was hatte doch der Professor gesagt, der da neulich über „Wandlungen in der Sozialpolitik“ gesprochen hat? Ach so:

„Früher war das Wort: ‚Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen‘, ein wesentlicher Bestandteil des wirtschaftlichen und sozialen Denkens. Die neue Zeit hat dem das Wort entgegengesetzt: ‚Wer den guten Willen zur Arbeit hat und trotz aller Bemühungen und intensiven Suche keine Arbeit zu finden weiß, wer als überflüssig von aller wirtschaftlichen Betätigung ausgeschlossen ist, der soll auch nicht verhungern.“ Dieses Wort gehört heute zur allgemeinen sozialistischen Erkenntnis und ist zum gedanklichen Gemeingut geworden. Auf diesem Gedanken ruht das große Werk der Arbeitslosenversicherung. Dieser Gedanke und dieses Werk ist aus der heutigen Wirtschaftswelt nicht mehr wegzudenken!“

... soll auch nicht verhungern! Das Wort hatte Wilhelm Meier wie eine Beruhigung geklungen. Und es war tatsächlich so: er konnte nicht verhungern. Aber verdammt noch mal: er kann doch auch nicht leben! Und er hungert doch mit all seinen Kindern nach Leben! Und wie seine Kinder die Hände recken nach ein wenig Sonnenglanz! Dauernd in diesen depressiven, verzweifeltsten und in diesen niederdrückenden Umständen stecken, in denen keine Lebensfreude aufkommen kann... ist das auch noch Leben?

Wilhelm Meier stöhnt laut auf. Komische Menschen, diese Erwerbslosen! Wilhelm Meier spricht mit sich selbst: „Dieser Erkenntnis ist zum gedanklichen Gemeingut geworden.“ Wilhelm Meier blickt bitter auf. „Zum Donnerwetter! Warum dann aber überall

das Geschrei nach Abbau der Arbeitslosenversicherung? Warum dann die Einengung der Krisenfürsorge? Warum diese Sparmaßnahmen bei den Wohlfahrtsämtern? Was soll unsereins nun anfangen, wenn er ausgeteuert ist? Nein, nein, diese Erkenntnis steht noch auf verdammten schwachen Füßen! Oder aber: das sozialistische Gewissen schlägt noch nicht so laut, daß es bereitwilligkeit zu sozialen Opfern auslöst. Na, wie war es doch noch mit dem Gedanken des Notopfers. Ja, ja...“

„Es war einmal ein großes Volk. Das wollte, wie so viele große Nationen jener Zeit, noch größer sein. Deshalb kam es zum Weltkrieg. Aber dieses Volk war wirklich groß. Es war opferwillig und hielt sich deshalb gegen eine Welt von Feinden. Nahezu vierzig Milliarden wurden allein an Kriegsanleihen aufgebracht, ohne all die anderen Opfer an Leib, Gut, Gesundheit und Leben. Vierzig Milliarden zur Zerstörung von in jahrhundertlanger Arbeit geschaffenen Kulturwerken, zur Vernichtung blühender Städte und Provinzen und zur Vernichtung hoffnungsvoller jungen Lebens. Vierzig Milliarden zur Vernichtung... Das Volk war groß. Es opferte für seine nationale Größe...“

„Es gibt ein Volk, dessen Wirtschaft durch einen Krieg und eine Inflation, dessen Wirtschaft durch die Strukturwandlungen in der Weltwirtschaft mächtig gelitten hat. Dieses Volk trägt an einem Massenelend: Arbeitslosigkeit. Zweieinhalb Millionen, die nach Arbeit und Brot hungern, zweieinhalb Millionen, die genau so wie ich vor sich hinbrüten in Gedanken hoffnungsloser Dual, die sich keinen Ausweg aus ihrer Not wissen. Wieviele von ihnen mögen nun schon in dumpfer Verzweiflung ihr Leben fortgeworfen haben?“

„Diese Menschen wollen leben. Die Arbeitslosenversicherung müßte sanierter werden, um diesen Verzweifenden das bloße Dahinvegetieren zu ermöglichen. Da entbrennt ein großer Streit zwischen den Parteien: wie sollen die Mittel aufgebracht werden? Es wäre eine nationale Lot, Not, Elend, Hunger und Unterernährung zu beseitigen und all diesen hoffnungslosen zu zeigen, daß sie noch nicht rettungslos verloren sind. Es wäre eine nationale Lot, die Lebensunsicherheit zu beseitigen. Da schlagen Männer, die noch an Opferwilligkeit und Hilfsbereitschaft glauben, ein Notopfer vor. Ein Notopfer all der Satten und im Ueberfluß Lebenden. Jeder, der sich in gesicherter Stellung befindet und ein monatliches Einkommen von übernebenhundert Mark hat, soll einmalig 1/4 Prozent seines Gehalts

zur Beseitigung all dieser Not opfern. Und das Echo? Das soziale Gewissen dieses Volkes hatte ein sehr geringes Fassungsvermögen. Das Volk versagte, als es eine Hilfsaktion zugunsten der darbenenden Volksgenossen unternahm, als es ein Notopfer bringen sollte.“

„Aber das Volk ist groß. Es hat eine Reichsverfassung, in der es heißt: ‚Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundfragen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“ Das Volk ist groß. Es besitzt eine ausgezeichnete Reichsverfassung und opfert unbeschweren für Panzerkreuzer und sonstige militärische Spielereien. Das ist kein nationaler Latendrang.“

Ja, ja, Arbeitslose sind komische Leute! Sie lesen Zeitungen, machen sich Gedanken und sprechen mit sich selbst...“

Im Beamtentafel.

„Na, Herr Kupperts, jagen Sie mal, haben Sie die Geschichte schon gelesen? Na, die — die Geschichte mit dem Notopfer?“

„Notopfer jagen Sie, Herr Breitenbach? Wozu? Was will man denn damit?“

„Nun, man ist doch jetzt bei der großen Finanzreform. Und da ist doch die Arbeitslosenversicherung, die füttert uns ein schönes Stückchen Geld. Wir haben doch gegenwärtig zweieinhalb Millionen Arbeitslose. Die Unmoral greift eben immer mehr um sich. Kein Wunder! Wenn man den Leuten das Geld so in den Hals wirft, muß ja der Arbeitseifer sinken. Man sollte hier mal an einen energiegelichen Abbau denken. Aber stellen Sie sich vor: da haben sich doch so einige Sozis und Gewerkschaftsbongzen einen Plan ausgedacht zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Denken Sie sich, wir Beamten sollen wieder bluten. Da will man ein Notopfer einführen. Alz, die in festem Gehalt stehen und ein Einkommen von monatlich über siebenhundert Mark haben, sollen eineinviertel Prozent ihres Einkommens abführen.“

„Wa—a—jagen Sie? Eineinviertel Prozent des Gehalts? Das ist ja ungeheuerlich — einfach ungeheuerlich, Herr Breitenbach! Was soll man dazu sagen? Wie äußert sich denn die Regierung dazu, wie äußert sich unsere nationale Presse?“

Parole: Betriebsratslisten der Gewerkschaften!

In den Tagen vom 25. bis 27. März finden im gesamten deutschen Bergbau die Betriebsratswahlen statt. Mit großem Eifer werden überall die Wahlvorbereitungen getroffen. Der große Eifer, der mehr ein Kampf um die Mandate ist, wäre völlig überflüssig, wenn die gesamte deutsche Bergarbeiterchaft in einer mächtigen Gewerkschaft vereinigt wäre. Das ist leider nicht der Fall. Die Erkenntnis, daß heute die Interessen der Menschen „im großen festgesetzt“ werden, nützen nur die Industriellen, die Werksbesitzer oder Verwalter, rücksichtslos aus. Sie haben bis auf den letzten Mann die gewaltige Macht der wirtschaftlichen Organisationen erkannt.

Der Arbeitermasse, die die stärkste Wirtschaftskraft darstellen könnte und müßte, fehlt das solidarische Bewußtsein zur Einheit wie das tägliche Brot. Gruppenweise, miteinander über „das richtige Ziel“ habend, wird kostbare Zeit verplempert und werden wertvolle Kräfte vergeudet. Der einzige felsenfeste Halt für die Arbeiter sind die Gewerkschaften, für die gesamte Bergarbeiterchaft ist es unser Verband. Wie bitter not die Einheit tut, beweist am treffendsten der Aufmarsch der verschiedenen „Kampfparteien“ zu den Betriebsratswahlen. Anstatt in geschlossener Einheitsfront, mit zielbewusster Energie für die reißende Durchführung der gesetzlichen Möglichkeiten in den Betrieben zu kämpfen, wird im Wahlkampf um weltanschauliche Probleme gerungen, die niemals zu den Aufgaben der Betriebsräte gehören werden. Aufgabe der Betriebsräte ist es, die Durchführung der von den Gewerkschaften und den Parteien zugunsten der Arbeiter erzielten Verträge und Gesetze aller Art in den Betrieben durchzusetzen und zu überwachen. Heute wird versucht, das Aufgabengebiet zu verschieben und die Betriebsräte zu politischen Parteifunktionären zu machen.

Zunächst versuchen, zumeist unter Führung von Arbeitgebern, die verschiedenen wirtschaftsfriedlichen Gruppen Einfluß zu gewinnen. Obwohl man es nicht für möglich halten sollte, gibt es immer noch Arbeiter, die in dem Glauben leben, daß ihr bester Interessenvertreter der Werksdirektor sei. Diese Sorte Arbeiter will nicht begreifen, daß gelbe Betriebsräte nur das Sprachrohr des Unternehmers in den Sitzungen und gegenüber den Belegschaften darstellen sollen, natürlich nur zu dem Zweck, die gewerkschaftlichen und gesetzlichen Erfolge der Gewerkschaften einzuschränken oder wirkungslos zu machen. Bergarbeiter also, die ihre Stimme den Listen der Werkvereiner, Wirtschaftsfriedlichen, Knappensvereine, mit einem Wort: der „Gelben“ geben, schädigen ihre eigenen Interessen und die ihrer Kameraden aufs Größliche.

Die Gelben sind es aber nicht allein, die die gewerkschaftlichen Erfolge zunichte machen wollen — sie haben Zugang erhalten.

Die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“

Das neue Produkt der Roten Gewerkschaftsinternationale, führt diesmal ihre unorganisierten Sturmkolonnen Arm in Arm mit den Unternehmern und Gelben gegen die gewerkschaftlichen Betriebsräte. An ihrer Spitze steht der vor nicht langer Zeit noch zu den Gelben gehörende Paul M e r f e r als Vorsitzender des Reichskomitees der Gewerkschaftsopposition für Deutschland. Unter seiner und der kommunistischen Parteizentrale Führung hat ein Ende November in Berlin stattgefundenen Reichstagskongreß beschlossen, zu den diesjährigen Betriebsratswahlen mit besonderen Listen zusammen mit den Unorganisierten gegen die gewerkschaftlichen Listen vorzugehen. Kommunistische Parteimitglieder, die sich weigerten, zusammen mit Unorganisierten auf einer Liste zu kandidieren, wurden kurzerhand aus der Partei hinausgeworfen. Hinausgeworfen auch, weil sie es ablehnten, die Parole der kommunistischen Parteizentrale als Betriebsratsmitglieder durchzuführen.

Welchen Zwecken diese „revolutionären“ oder „roten“ Betriebsräte dienen sollen, hat der kommunistische Abgeordnete

„Recht haben Sie, Herr Rupperts! Das ist wirklich ungeheuerlich. Das wäre direkt ein Ausnahmengesetz gegen die Beamtenschaft und gegen die gehobenen Volksklassen. Wo bleibt da der Grundgedanke, alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich? Und wo vor allen Dingen bleiben da die uns von der Verfassung gewährleisteten wohlverordneten Rechte, die doch unantastbar sein sollen? Ist das auch noch Gleichheit vor dem Gesetz, wenn man bestimmte Volkskreise zur Sonderbesteuerung heranzieht? Na, die Deutsche Volkspartei hat ihnen Gott sei Dank ihren Standpunkt klargestellt. Und auch die Demokraten sollen, wie ich höre, Bedenken schwerster Art geltend gemacht haben.“

„Ach, Herr Breitenbach, hätten wir doch in Deutschland noch mehr Männer, die so wie Sie die Belange der höheren Beamten verteidigen!“

„Ja, Herr Rupperts, wir sind auf dem Vormarsch, sage ich Ihnen. Gesetz wird das Notopfer auf keinen Fall. Das wäre ja direkt eine Verfassungsänderung. Unter uns: ich bin ja nicht für die Verfassung, aber unsere wohlverordneten Rechte müssen wir verteidigen. Gesetz wird das auf keinen Fall. Wir werden einfach die Regierung aufliegen lassen. Und dann sollen die Sozis schon klein beigeben. Die haben keine schlechte Angst vor dem Artikel 48.“

„Na, Herr Breitenbach, die nationale Bewegung wird ja immer stärker. Wenn wir bloß einen Reichspräsidenten hätten, auf den man sich verlassen kann!“

Im Reichsverband der deutschen Industrie.

„Meine Damen und Herren! Ich nehme an, Sie sind jetzt genügend informiert über das neue Vorhaben in der Arbeitslosenversicherung. Die deutsche Industrie muß sich mit aller Macht dagegen zur Wehr setzen. Ich schlage Ihnen daher folgende Denkschrift an die Reichsregierung vor:

„Der Reichsverband der deutschen Industrie sieht sich veranlaßt, in einer außerordentlichen Versammlung zur Notopferidee Stellung zu nehmen, und stellt sich mit aller Entschiedenheit gegen die Verträge, die höhere Beamten- und Angestelltenchaft wie überhaupt die höheren Einkommen zu einer Ausnahmebesteuerung zugunsten der Sozialversicherung heranzuziehen. Wir stellen fest, daß die deutsche Wirtschaft bereits in untragbarer Weise mit Steuern belastet ist, und müssen daher energische Sparmaßnahmen und einen Abbau der Industriebelastung fordern. Die deutsche Wirtschaft kann nur dann gesund werden, wenn die Ka-

pitälbildung nach Kräften gefördert wird und der Industrie auf diese Weise billige Kredite zum Ausbau der Unternehmungen zugeführt werden. Da es aber gerade die höheren Einkommen sind, die die Kapitalbildung fördern beeinflussen, müssen wir das Notopfer als ein gefährliches Experiment für die deutsche Wirtschaft ablehnen. Vielmehr ist die Arbeitslosenversicherung durch eine alsbaldige durchgreifende Reform zu sanieren. Nur durch die Förderung der Kapitalbildung kann der Wirtschaft geholfen und damit auch die Arbeitsbeschaffung in Fluß gebracht werden. Nur so kann die Arbeitslosigkeit beseitigt werden.“

„Meine Damen und Herren! Wir kommen hiermit zur Abstimmung. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, gilt die Denkschrift als angenommen... Ich konstatiere einstimmige Annahme. Ich danke Ihnen!“

Mehrere Arbeitslose.

„Willen! Gehst du mit? Er werden doch heute Freikarten für er Stadttheater ausgegeben. Dar gibt mal wieder andere Gedanken!“

„Na, hennrich, ed glöw er di wohl böue. Ed lod mi do jedesmal doidrudten vü ne Stadttheaterkarte, war? Na, da lölt us leiwur wat tau Fräitien gämm. Aewer, do denkt da jo nich an. Dat Theater mosse di es mal bekieken, dat mät däm Notopfer mein' ed, dann häffe Theater genau. Dat gähnt mä jo: fliegt die Regierung auf oder nicht, wohierworbene Rechte, Kapitalbildung, Ausnahmengesetz, verfassungsändernd, Belange der Beamtenschaft usw. Käht! Dat is en Theater. Do lachste di bi lapott. Um warum dat alles? Weil se eenenveerdel Prozent von ihrem Gehalt van döwver jenhunnert Mark afgäm' sollt. Mak di äs en Bild! Semhunnert Mark! Mjereener mot mät tweewuntwintig Mark un dreiunwähntig Fanning dā Wäde ne ganz Familie mät drei Blagen am Fräitien hollen un dā Kähls kömmt van jenhunnert Mark noch nich es eenenveerdel Prozent missen. Do triegste äwewer bolle revöll bi, jegg ed di!“

„Ja, Willen, dat is man bei denen gewöhnt. Große Fresse, nationale Taten, Volkseinheit, Volksgemeinschaft, nationaler Aufstieg, dat Lied kennt man ja. Aber wenn se mal was opfern sollen für die Volksgemeinschaft, dann sind se nich da. Wenn se mat erben können auf unsere Kosten, dat is bei denen Volksgemeinschaft.“

„So äs et, hennrich! Wemmer beileibe nich mol en Notopfer brängen vö dā hungernden un darbenden Volksgenossen,

der seit mehr als einem Jahr außen- und innenpolitisch im Vordergrund des öffentlichen Interesses stand, ist vorüber. Am 12. März hat der Reichstag die Young-Gesetze angenommen, am 13. März hat der Reichspräsident sie unterzeichnet, nachdem auch der Reichsrat die Gesetze ohne Einspruch zur Kenntnis genommen und, wie der Reichstag, die Dringlichkeit anerkannt hatte. Ein Beschluß über die Dringlichkeit ist erforderlich, wenn ein Drittel der anwesenden Reichstagsmitglieder die Auslegung der Verfländung verlangt. Für diese Dringlichkeit stimmten im Reichstag 283, dagegen 173 Mitglieder. Die entscheidende Annahme des Gesetzes, Young-Plan und Nebenabkommen, erfolgte mit 270 „Ja“, 192 „Nein“ bei 3 Enthaltungen. Eine Klippe, die Regierungsrücktritt bedeutet hätte, die Ablehnung des Abkommens mit Polen, wurde glücklich umschifft, da auch hier noch eine Mehrheit von 235 zu 216 Stimmen bei 8 Enthaltungen erzielt wurde.

Bei den oft stürmischen Beratungen wiederholten die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten und die Kommunisten noch einmal ihre Einwände gegen die Young-Gesetze. Seitens der Nationalsozialisten geschah das in einer formulierten Erklärung, die von Foshastigkeit und Gemeinheit, von Lügen und Verleumdungen strotzte, so daß ein großer Teil des Reichstags sich wunderte, wie der Präsident Böbe diese Angriffe ungestraft hingehen ließ. Das geschah aber aus der Erwägung heraus, an diesem Tage Ausschüsse nach Möglichkeit zu vermeiden, um nicht die Stimmen der Opposition bei der Abstimmung zu vermindern und Gelegenheit zu neuen Angriffen zu geben, zumal die Gefahr bestand, daß die Entscheidung über das Polen-Abkommen von einigen Stimmen abhing. Eine solche, unter normalen Verhältnissen unerträgliche Langmut des Präsidenten dürfte sich aber auch wohl nicht wiederholen.

Gegenüber Entstellungen von rechts sagte Staatssekretär B r e c h t die Gründe für die Annahme der Gesetze in wenigen Sätzen zusammen:

- Ermäßigung der deutschen Reparationslasten um rund 700 Millionen Mark jährlich;
- Fortfall der bisherigen ausländischen Kontrolle;
- Möglichkeit neuer Verhandlungen bei ungünstiger wirtschaftlicher und finanzieller Entwicklung in Deutschland;
- vorzeitige Rheinlandräumung;
- voranschichtige Wirtschaftskatastrophe bei Ablehnung.

lich die Tätigkeit der „roten“ Betriebsräte von der Tätigkeit der „reformistischen“ Betriebsräte unterscheiden sollte. Er führte dazu aus:

„Die bisherigen Betriebsräte können sich doch nur auf die von den Reformisten geschaffenen Tarife, Gesetze und Verordnungen stützen. Gibt es kommunistische Gesetze, auf die sich die roten Betriebsräte stützen können? Wenn nicht, dann ist es doch sinnlos, rote Betriebsräte zu wählen.“

Eine Flut von Schimpfworten war die Antwort. Nur mit Mühe konnte er Tätlichkeiten entgegen. Der Abgeordnete Winterich war völlig außerstande, Auskunft zu geben, wie sich die praktische Betriebsarbeit zu gestalten habe, dafür hätten die Gewerkschaften zu sorgen. Die Offenheit der KPD-Führer kam rechtzeitig genug!

Die Belegschaften lehnen die geforderten Verrücktheiten, ihre Gewerkschaften zu zerbrechen, ab; sie lehnen auch ab, auf die praktische Betriebsarbeit zu verzichten.

Ein schlagender Beweis ist die eben abgeschlossene Betriebsratswahl auf dem Leunawerk. Dort haben die Kommunisten trotz gehässigster Propaganda nahezu 5000 Stimmen mit 5 Mandaten eingebüßt! Die gewerkschaftliche Liste hat den Sieg davongetragen.

So muß es auch im Bergbau werden. Wir brauchen die gewerkschaftliche Einheit. Daher alle Stimmen am Wahltag nur für die Listen des Verbandes!

Der Kampf um den Young-Plan,

Woche lang Ausfühverhandlungen gingen der Entscheidung im Reichstag voraus, weil das Zentrum in der zweiten und eventuell auch in der dritten Lesung nur für die Young-Gesetze stimmen wollte, wenn gleichzeitig eine Vereinbarung zwischen den Regierungsparteien über die Finanzregelung zustande kam. Ob diese Haltung bis zum Ende beibehalten wäre, ist eine andere Frage, die Bayerische Volkspartei konnte sich bei den Endabstimmungen Enthaltung gestatten, da die Mehrheit ohnehin gesichert war. Außen- wie innenpolitisch hätte keine realpolitisch handelnde Partei die Verantwortung für das Scheitern der Gesetze tragen können.

Just in den Tagen, in denen die Entscheidung im Reichstag fiel, fand zum erstenmal seit langem die Arbeitslosen-Ziffer im Reich. Wir hoffen, daß man dies als ein gutes Zeichen für die nächste Zukunft auffassen darf, soweit die deutsche Volkswirtschaft und ihre Gesundung in Frage kommt. Innenpolitische Krisentage sind dagegen noch in Aussicht.

Gegenüber dem Finanzprogramm der Regierung, das in manchen Einzelheiten Widerspruch bei allen Parteien fand, sind durch Verhandlung von Sozialdemokraten, Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Demokraten neue Steuervorschläge gemacht worden, über die aber auch noch keine Einigung erzielt wurde und um die der Endkampf entbrennt, wenn um den 20. März herum die Regierungsvorlagen aus dem Reichsrat an den Reichstag zurückkommen. Zu dem Benzinzoll soll eine innere Benzin- und Benzolsteuer in Höhe der Zollerhöhung kommen, um die sonst eintretenden Sondergewinne der Industrie wegzusteuern. Die Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte soll weggelassen, weil man sich davon größere Geldflüssigkeit, Belebung des Baumarktes usw. verspricht. Die U m s a t z s t e u e r soll um 0,05 Prozent, von „ auf „ Prozent, erhöht werden. S e t t und bessere Fleischweine sollen besteuert werden. Die Mineralwassersteuer ist noch nicht aus dem Programm verschwunden, aber wahrscheinlich gelingt es noch, sie zu beseitigen.

Dieser Kampf um Steuern und Finanzen kann sehr wohl noch zu einer ersten Krise führen, da Untragbares Arbeitervertretern nicht zugemutet werden kann. Ist auch die Arbeitslosenversicherung vorläufig gegen Abbau geschützt, so droht doch noch anderen Sozialaufgaben Gefahr. Sie gilt es abzumehren und die Steuerlast so zu verteilen, daß nicht der Besitz den Löwenanteil an Entlastung davonträgt. Ob das ohne Regierungs- und Parlamentskrise, ohne R e u w a h l e n möglich sein wird, ist noch nicht abzusehen!

„Ich bin kein Abstinenz, aber klar über die großen Gefahren des Alkoholmißbrauchs. Wie ich lim in dieser auch in armen Kreisen, besonders auch bei deren Jugend ist, davon kann ich mich öfter überzeugen. Wenn ich Sonntags oder Montagmorgens zur Arbeit gehe, komme ich an einer sonst ganz soliden Wirtschaft vorbei, wo Sonnabends und Sonntags junges Volk tanzt. Auf dem Weg bis zur Straßenbahn treffe ich dann in zwei Minuten auf ein halbes Duzend Stellen, wo widerliche Flecke davon zeugen, wie ein Betrunkener sich seines giftigen Mageninhalts entledigt hat. Ist das nicht ekelhaft? Reizt das nicht zu steter Arbeit, besonders unter Jugendlichen, für E n t h a l t a m k e i t? —

Ein anderes Erlebnis gehört auch in dies Kapitel. Eine Verwandte von mir füttert jedes Jahr ein paar Schweine groß. Von einer großen Fabrik, in der ihr Mann arbeitet, bringt sie, wenn sie dem Mann Essen zugetragen hat, das weg geworfene Brot mit. Montag mittags trägt sie einen ganzen Handkorb voll weg geworfener Butterbrote mit! Daß sie nicht von Familienvätern stammen, erscheint selbstverständlich, dafür ist Sorge und Not auch in den Familien gut verdienender Arbeiter zu groß. Man darf also annehmen, daß diese oft gut belegten Butterbrote von jungen Leuten weggeworfen werden, die sich durch Saufen am Sonntag den Appetit für den Montag verdorben haben.

Ist das nicht auch ein Jammer in einer Zeit, in der Millionen nach einem trockenen Stück Brot schreien?

Wirft auf die Jugend ein, wo ihr nur könnt, daß sie sich des Gesundheit und Charakter untergrabenden Alkohols enthält!

„Sicher, Willen, die haben immer gewußt, was ihnen gut tut!“
W. Schmidt, B.-Weitmar.

Dämon Alkohol.

„Sicher, Willen, die haben immer gewußt, was ihnen gut tut!“
W. Schmidt, B.-Weitmar.

„Sicher, Willen, die haben immer gewußt, was ihnen gut tut!“
W. Schmidt, B.-Weitmar.

Wirft auf die Jugend ein, wo ihr nur könnt, daß sie sich des Gesundheit und Charakter untergrabenden Alkohols enthält!

HAUS UND LEBEN

Die Geschichte vom zwiefarbigem Schild.

Die Ritter Hadubrand und Hudibrand
 Gerieten eines Tages in Streit miteinander.
 Ein interessanter Schild
 machte sie wild.
 Denn Hadubrand sagte: „Ich weiß es genau —
 Der Schild war blau!“
 Und Hudibrand sagte: „Sackerlot —
 Der Schild war rot!“
 Worauf Hadubrand wiederholte: „Ich weiß es genau —
 Der Schild war blau!“
 Und Hudibrand wiederholte: „Sackerlot —
 Der Schild war rot!“
 Und so ging das fort
 Ein Wort gab das andere Wort —
 Kurz, man beobachtete die Erscheinung
 Einer entgegengesetzten Meinung!
 Wenn aber Ritter entgegengesetzter Meinung sind,
 Geraten sie in Wut.
 Und dann gibts Blut.
 Und zwar geschwind.
 Hadubrand griff zu seinem Stahl
 Und sagte noch einmal:
 „Ich weiß es genau —
 Der Schild war blau!“
 Und Hudibrand griff zu seinem Stahl
 Und sagte noch einmal:
 „Sackerlot
 Der Schild war rot!“
 Und da jeder wählte, er hätte recht,
 Kam's zum Gefecht.
 Hadubrand und Hudibrand
 Gingen mutenbrannt gegeneinander —
 Und unter den Rufen: „Sie blau!“ — „Sie rot!“
 Schlugen sie sich tot.
 Midemausetot.
 Nun ja, sie hatten es ja genau gewiß,
 Daß der Schild blau beziehungsweise rot gewesen ist.
 Und drum mußten sterben die tapferen Ritter —
 Der Tod ist bitter!

Man erkennt:
 Die Geschichte von dem Schild ist eminent
 Traurig
 Und schaurig —
 Aber sie ist noch nicht zu Ende!
 Denn das Allertraurigste kommt jetzt
 Ganz zuletzt!
 Der Schild war nämlich weder blau noch rot —
 Er war beides: er hatte zwei Seiten:
 Die eine hat blau gefrahlt,
 Die andere war rot bemalt —
 Und deshalb mußten die Ritter streiten
 Und deshalb wurden sie tot!
 Sie waren einseitig orientiert —
 Das hat sie ruiniert!

Unser ganzes Leben, meine Lieben, ist solch zwiefarbiges Schild.
 Und das macht uns manchmal wild!
 Ein jedes Ding hat zwei Seiten:
 Das wissen die Geheuten —
 Aber die Geheuten sind in der Minderheit.
 Sonst wären sie nicht geheut.
 Max Hayek.

Die Gicht.

Die Krankheitserscheinungen der Gicht spielen sich vornehmlich an den Gelenken ab. Daher wurde die Gicht lange Zeit häufig mit anderen Gelenkerkrankungen, insbesondere mit den rheumatischen, verwechselt. Auch heute noch neigt der Laie dazu, gewisse schmerzhaft entzündliche Gelenkerkrankungen als gichtlich zu bezeichnen. Das ist nicht richtig. Die wahre Gicht ist eine seltene Krankheit; sie wird zwar überall auf der Erde beobachtet, doch ergeben die Statistiken der großen Krankenhäuser, daß auf 1000 sonstige Kranke nur etwa 3 bis 4 Gichtkranke kommen. Für einen erkrankten an Gicht sehr viel seltener als Männer. Auf 100 gichtkranke Männer kommt erst eine gichtkranke Frau.

Andere weniger häufige Bezeichnungen für Gicht sind das im Mittelalter gebräuchliche Wort „Fipperlein“ und das aus dem Griechischen stammende Wort „Podagra“ oder „Fußgicht“.

Zwei Krankheitserscheinungen sind es vornehmlich, die mit Sicherheit die Feststellung einer Erkrankung an Gicht gestatten. Das ist der akute Gichtanfall, mit Vorliebe im Großgelenk, und die Ablagerung freier Natrium- oder Kaliumsalze in einzelnen Stellen des Körpers. Diese „Steinknoten“ bestehen aus Harnsäure. Andere Anzeichen, wie Verdickungen, Knirschen, Knacken in den Gelenken, Ausschläge am Körper, mancherlei nervöse Erscheinungen, Magen- und Darmstörungen sind unsicher. Niemand darf aus diesen Erscheinungen allein auf Gicht geschlossen werden.

Das augencheinlichste, sicherste und für den Kranken wie für den Arzt eindrucksvollste Symptom der Gicht ist der akute Anfall. Gewacht er etwa in der zweiten Stunde nach Mitternacht infolge eines erlittenen Schmerz im Großgelenk, manchmal auch im Sprung- und Kniegelenk, Hand- oder Ellenbogengelenk. Dieser Schmerz steigert sich von Stunde zu Stunde, oft bis zur Unerträglichkeit. Den Körper durchdringt ein Frostschauer abwechselnd mit Hitze. Es besteht Fieber. Das erkrankte Gelenk ist geschwollen und hochrot verfärbt. Die erkrankte Stelle fühlt sich heiß an und ist bei der geringsten Berührung schmerzhaft. Gewöhnlich klingt nun dieser Anfall wieder ab, und nach etwa 8 bis 14 Tagen erinnert nichts mehr an diese schreckliche Erkrankung: der Patient erscheint wieder vollkommen gesund. Jedoch fast immer wiederholen sich diese Anfälle, glücklicherweise liegen aber mitunter große Zeiträume dazwischen. Mal hören diese Anfälle nach einer Reihe von Jahren überhaupt auf, mal dauern sie aber das ganze Leben. Oft heilen sie aber nicht mehr vollkommen ab, es kommt zu Veränderungen an den Gelenken; sie stampeln nun den Leidenden zu einem „gichtbrüchigen“ Menschen.

Das zweite sichere Symptom der Gicht ist die Ablagerung von Harnsäure, meist in den Gelenken, aber manchmal auch in der Ohrmuschel, im Augenhid und an inneren Organen. Diese „Gicht- oder Steinknoten“ brechen bisweilen

Die 12. Beitragswoche
läuft vom 16. bis 22. März 1930!
 Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung
 des fälligen Beitrags besorgt sein!

auf; die zutage tretenden freidigen Massen erweisen sich unter dem Mikroskop oder bei der chemischen Prüfung als Harnsäure. Die Harnsäure ruft auch wohl erhebliche Zerstörungen der Gefäße hervor, meistens aber ruht sie abgelagert im Gewebe, ohne den Menschen zu belästigen.

Die Gichtkrankheit führt nun häufig zur Erkrankung der Blutgefäße, zur Arterienverkalkung. Oft finden sich auch in der Niere Ablagerungen von Harnsäure. Diese Beobachtung hat dazu verleitet, eine besondere Form von Gicht, die Nierengicht, anzunehmen. Das ist jedoch nicht richtig. Die gichtliche Nierenerkrankung ist nur ein besonders auffälliges Symptom im Allgemeinbild der Gicht. Die Mehrzahl der Gichtkranken erreicht ein höheres Alter.

Welches ist nun das Wesen dieser Krankheit? Nachdem man fand, daß die „Steinknoten“, die Tophi, aus Harnsäure bestehen und daß das Blut des Gichtkranken mehr Harnsäure als das des Gesunden enthält, nahm man an, daß die Gichtkrankheit auf einer Störung des Harnsäurestoffwechsels beruhe. Die Harnsäure sei das Gift, das den Organismus schädigt. So kam es, daß die Harnsäure in übertriebener Weise als Ursache für viele andere krankhafte Störungen angeschuldigt wurde. Ja, es entwickelte sich bei den Laien eine richtige „Harnsäurefurcht“.

Eigene Untersuchungen zeigten aber, daß diese Anschauung nicht richtig ist. Es läßt sich beweisen, daß die Gichtkrankheit auf einer angeborenen krankhaften Anlage beruht, die dadurch gekennzeichnet ist, daß der betreffende Mensch gegen allerlei Stoffe, die aus der Nahrung, aus den Getränken, ja aus dem eigenen Körper stammen können, überempfindlich ist. Diese verurlichen unter gewissen Bedingungen den akuten Gichtanfall. Dabei wird allerdings nun Harnsäure im Körper zurückgehalten. Die wird häufig im Gewebe auskristallisiert und die Steinknoten bildet. Diese Überempfindlichkeit, die für den mit einer Gichtbereitschaft geborenen Menschen als Gifte zu bezeichnen sind, verursachen auch höchstwahrscheinlich die Blutgefäßerkrankungen.

Wie ist dem Gichtkranken zu helfen? Gegen den akuten Anfall besitz die Medizin zwei ganz hervorragende Mittel. Das eine ist das Colchicin, ein Stoff aus der Knolle der Herbstzeitlose, das andere ist ein chemisches Präparat, das Atophan. In der Hand des erfahrenen Arztes vermögen sie immer den akuten Anfall zu heilen.

Vorbeugend gegen die Anfälle und die Folgeerscheinungen der Gichtkrankheit wirkt eine mäßige, einfache Ernährung und reichliche körperliche Bewegung, überhaupt das Mäßige in allen Dingen. Es ist aber nicht richtig, daß das Fleisch als solches schädlich ist. Auch Vegetarier bekommen Gichtanfälle. Es sind das eben bestimmte Stoffe, die sich in allen Nahrungsmitteln finden können. Gewisse durch Gärung gewonnene alkoholische Getränke, wie schwere Biere, Weine und Sekt sind unbedingt zu meiden.

Eine besondere Heilkraft hat das vor 30 Jahren entdeckte Radium und sein gasartiges Produkt, die Radiumemanation. Trinkt- und Bäduren und Injektionen, die leicht durchführbar sind, finden heute weitestgehende Anwendung.

Vorher haben Heilkräfte bestimmte Quellen aufgesucht und dort Besserung und Heilung gefunden. Die wissenschaftliche Forschung hat ergeben, daß gerade diese Quellen reich an Radiumemanation sind. Unser deutsches Vaterland ist besonders geeignet mit derartigen Heilbädern, die heute über ausgezeichnete Einrichtungen zur Behandlung gichtkranker Patienten verfügen.

Aus: „Gesundheit“
 Zeitschrift für gesundheitsliche Lebensführung
 des Berufsärztlichen Vereins.

Ull, der Grubengaul.

Dunkel ist's draußen. Durch dieses Dunkel schreiten Männer. Holzschuhe und Kaffeesack sind die Zeichen ihres Berufes. Bergleute sind es. Alle wandern sie der benachbarten Zeche zu, deren Schote und Fördertürme in den nächtlichen Morgen ragen. Junge und Alte, alle stehen sie dort oben auf der Höhe, der Einjahrt wartend. Auch Frige, der Pferdebesitzer, steht dort. Von Zeit zu Zeit erklingen die Signale der Seilfahrt.
 Ein alter Grubart gibt die Signale. Hell und rein klingen die Schläge, welche für die Nachschicht Schichtende, für die Morgenschicht Schichtanfang bedeuten.
 Mit frischem Mut geht es in die Tiefe. Auch Frige, der Pferdebesitzer, besteigt den Korb. Unten angelangt, teilen sich die Kumpels nach allen Richtungen. Frige nimmt seinen Weg zum Pferdestall.
 In dem lauberen Stall stehen etliche Pferde. Jetzt lauschen sie gespannt, den Kopf seitwärts gegen die Tür gerichtet.
 Ein Gaul, ein großer Brauner namens Ull, kennt schon seinen Fritz. „Hoi, Ull, dreh dich!“ ruft Frige. Gehorsam folgt der Gaul der Aufforderung. Schnell wird das Geschirr angelegt. Ein jehntüchtiger Blick noch auf die Zurückbleibenden, dann geht es hinaus, der Arbeitsstelle entgegen. Langsam und bedächtig schreut der Gaul dahin. Sie passieren Querschläge und kommen an Kumpels vorbei, deren Helle Lampen den Gaul blenden. Deshalb bleibt er stehen, bis die Kumpels die Lampen abblenden. Jetzt geht es über Bahnweiche in eine andere Strecke. Lastend mit den Vorderbeinen, so sucht sich Ull seinen Weg. Da — wieder frei! Er. Eine Reihe leerer Wagen versperrt ihm den Weg. Frige saßt ihn am Kopf. Mit den Worten: „Komm, Ull! Stell dich!“ führt er das Pferd auf den schmalen Fahrweg. Sehr bedächtig, Schritt für Schritt läuft Ull, bis die Bahn wieder frei ist. Und dort, wo der Weg frei ist, stellt sich das Pferd wieder ins Geleise, auf das Kommando wartend. Frige macht das Pferd nun fahrbereit, den Kommando nach bis neun Förderwagen macht er fertig. Des Pferd spannt er vor. „Hoi, Ull! Vorwärts!“ ruft der Junge. Bald zieht auch sein stummer Freund die Wagen vorwärts. Bis an den Ladeort muß Ull die „Beeren“ ziehen. Der Junge führt dann den Gaul etliche Meter zurück und entfernt sich wieder. Der Gaul aber ist mit sich allein. Er steht nun da. Finster ist's um ihn. Er träumt:
 Herrliche Zeiten waren es, als er noch klein war — noch als Jöhlen auf der Wiefe herumtrieb und seine Mutter der Beschützer war, dort, wo die Sonne hoch über ihm stand.
 Da wachte der kleine Ull noch nichts vom Leben. Das grüne Gras schmiedete doch so herrlich. Den Trank gab ihm seine Mutter. Und Arbeit, die konnte er nicht. Somit gab es keine Sorgen für ihn. Nur als kleine Freude erschien ihm das Leben. Dann wurde er größer. Er wurde langsam an Arbeit gewöhnt. Zuerst träubte er sich, den Wagen zu ziehen. Manchen Weichenhieb mußte er einstecken, bis er daran gewöhnt war. Wenn er auch manchmal vor Wut sich aufbäumte: mit der Zeit

lernte er doch, was Arbeit bedeutet. Dester fuhr der Bauer zur Stadt, und da hieß es, schwere Lasten auf dem Wagen durch das Gewühl der Stadt zu fahren. Aber doch, so denkt jetzt Ull, indem seine glühenden Augen das Dunkel seiner Umgebung zu durchdringen suchten, war die damalige Arbeit mit der jetzigen nicht zu vergleichen. Denn hier gibt es keine Sonne, nur ewige Finsternis. Es gibt auch keine Weide, kein grünes Gras. Was im Futtertrog ist, mit dem muß man zufrieden sein. Früher gab es auch öfter ein Stück Würfelzucker. Aber jetzt? Alle diese Herrlichkeiten sind fortgefallen.
 Jetzt — nicht weiter kann der Gaul denken. Ein Licht kommt heran, die Arbeit beginnt. Gestört ist die Ruhe. Und schon erschallt der Ruf des Jungen: „Hoi, Ull!“ Den Gurt tief in die Brust gepreßt, die Weine gegen die Sohle gestemmt, so zieht der Gaul mit dem schweren Kohlenzug von dannen. Auf einmal hält Ull. Vor einer Weiche ist es. Der Pferdebesitzer hat sich der Weiche gestellt. Deshalb wartet der verständige Gaul, bis Frige diesen Fehler beseitigt.
 Keine Zeit ist jetzt mehr zum Nachdenken. Die Förderung beginnt. Es muß alles klappen. Es muß rundgehen. Nicht eher als um die zehnte Stunde ist freie Zeit. Da buttert die Kumpels. Und in dieser freien Zeit steht nun Ull wieder mit sich allein, in der niederen Strecke.
 Bald beschäftigen sich seine Gedanken auch wieder mit dem Vergangenen. Er erinnert sich an den Tag, welcher in seinem Leben die große Wendung brachte. Der Bauer, bei welchem Ull diente, sah sich nämlich gezwungen, seinen Viehbestand zu verringern. Es war wohl die Not der Zeit, die den Bauern so weit gebracht hatte, seinen stolzen Braunen nebst anderem Kleinvieh zu verkaufen.
 Also war es eines Morgens in aller Herrgottsfrühe: der Schein einer Stalllaterne huschte über den Hof in den Stall. Es war der Bauer und der Knecht, die in den Stall kamen. Der Bauer pußte den Ull hübsch sauber, während der Knecht den anderen beiden Pferden das Geschirr anlegte. Ull wurde schon stußig ob dieser Geschehnisse, denn sonst würde ihm doch das blinzelnde Geschirr angelegt, wenn es in die Stadt gingen. Und heute? Gar bald angelegt der Knecht die beiden anderen Pferde am Wagen fahrbereit gemacht. Es war ein großer vierädriger Kastenwagen. Etliche Kästen mit Ferkeln wurden auf den Wagen verladen. Grunzend durchbrachen sie die Stille des frühen Morgens. Zuletzt kam Ull an die Reihe. Kein schönes Geschirr wurde ihm angelegt. Es war nur ein Geflecht aus Gurt und Seil, was man ihm um den Kopf machte. Selbstam, dachte der Gaul, als er nun am Ende des Wagens festgebunden wurde. Still, verwundert schaut er um sich und läßt bald seine Blicke wieder nach vorne schweifen, gebuldig das Kommende abwartend. Nicht lange mehr und der Wagnis setzte sich in Bewegung. Karo bellte, daß es weithin schallte. Ein Hahn krächte irgendwo. Am Horizont zog die Morgenröte immer höher heran. Das Geschirr aber fuhr langsam dahin — einer neuen Zukunft entgegen. Nach der Stadt ging es zum Viehmarkt.

„Hoffentlich haben wir Glück“, hörte er den Bauern, „denn die Mißgunst meiner Lage zwingt mich, meine liebung ward Gewißheit. Der Knecht aber führte still und stumm das Gefährt.“
 Bald ist das Ziel erreicht. Ein großer Platz ist es. Man sieht Bauern Kleinvieh handeln und verhandeln. Hier läßt sich der Knecht nieder, während der Bauer mit Ull weiter nach vorne geht, wo um Pferde gefeilscht wird.
 Manche Blicke folgen dem schlanken Gaul. Aber kein Käufer findet sich. 11 Uhr ist es bereits. Der Bauer wird fast mißmutig. Das Glück scheint ihn verlassen zu haben. Endlich finden sich doch Käufer. Es waren Männer mit schnarrender Stimme, die zu befehlen gewohnt sein mußten. Ull schwante nichts Gutes. Aber schließlich hat sich ein Arbeitsgaul nur zu fügen. Bald war er im Eisenbahnwagen verladen und wurde irgendwo hingefahren. Ull hatte noch nie im Zuge gesehen. Er fürchtete sich schrecklich und wurde so verwirrt, daß ihm die Ankunft auf der Zeche und die Abfahrt auf dem Förderkorb in die Grube nur ganz unklar in der Erinnerung lag. Er sei direkt mit der Eisenbahn in die Grube befahren, erzählte er immer seinem Nachbar im Stall, der dann jedesmal lustig wieherte.
 Wie lange möge es wohl her sein? Sind es Jahre oder sind es Monate seit jener Zeit? Festzustellen vermag er es nicht, denn es ist immer nur Nacht um ihn.
 Da wurde er wieder in seinen Gedanken gestört. Die Arbeit hub wieder an. Hin mit leeren Wagen, zurück mit vollen, so geht es ununterbrochen bis Schichtende.
 Endlich atmet er auf. Der Betrieb steht still. Die Kumpels kommen, Gezüge auf dem Racken. Morgen ist Sonntag, ein Ruhetag. Doch Ull weiß davon nichts. Das Wort „Sonntag“ ist ihm fast in Vergessenheit geraten. Er ist zwar auch erfreut, daß die Schicht zu Ende ist, weil es jetzt wieder Futter gibt und eine Arbeitspause.
 Behütlich lauscht er der Unterhaltung der Kumpels über den Sonntag, die Sonne, die Freude, denn Wochenende ist es. Alles lacht, alles ist froh. Pläne werden geschmiedet. So ein schönes Wetter! Das geht hinaus zu Mutter Grün. Mit Kädem, zu Fuß. Und was wird Ull wohl am Sonntag tun? Nun, er wird vor seiner Futtertrappe stehen und seinen abgearbeiteten Körper wieder nähren. Vielleicht wird er sich hinlegen auf das aus Sägemehl hergestellte Lager und sich ausruhen. Seine Gedanken wird er sammeln und wieder zurückdenken, wie herrlich es früher war am Sonnabend bei dem Bauern draußen! Sauber gepuht wurden die Pferde. Und tags darauf war es noch herrlicher. Dann fuhr er den Herrn nebst seinen Angehörigen zur Kirche.
 Das ist vorbei. Seine Freude und sein Leid heißt jetzt Arbeit. Und Arbeit ist ja schließlich ein Segen. Er kann sich genau erinnern, wie das der junge Kaplan auf der Kanzel sagte, als er vor der Kirchentüre auf den Bauer wartete. Jawohl, sagte er sich, Arbeit ist ein Segen. Nur Arbeit ist ein Segen, sonst nichts, das ist ein Fluch!
 H. Pauli.

Direktionsrecht und Betriebsvertretung.

Schwer lastet noch das Direktionsrecht des Arbeitgebers auf der Arbeitnehmerschaft des Betriebes. Entsprungen aus dem Privatbesitz, dem Besitz an den Produktionsmitteln, berührt es ununterbrochen die unmittelbaren Interessen des Arbeitnehmers. Gerade in der heutigen Zeit, im Zeichen einer Wirtschaftsdpression, versucht sich diese niederdrückende und brutale Kommandogewalt auszuwirken. Hunderttausende rußen offen oder heimlich unter diesem Druck, der im Betriebe von der Direktion, dem Vorstand oder einer anderen Zentralinstanz bestimmt und von den einzelnen Betriebsbeamten mit mehr oder weniger Genauigkeit und Stärke durchgeführt wird. Kündigungen und Entlassungen, Feiertagsarbeiten, Lohndruck und Schikanen aller Art sind die Mittel, um diesem Druck auch zur nötigen Wirkung zu verhelfen. Es ist darum natürlich, daß die Leidtragenden, die unter diesem Druck stehen, nach Entspannung, Entlastung und Befreiung von demselben streben und daß dieses Streben verstärkt bei einem Konjunkturrückgang zum Ausdruck kommt.

Jedoch findet man aber gerade in einer solchen Zeit eine Verkenntung der Mittel und Wege und so ist es denn auch zu verstehen, wenn Parolen, wie: „Deutsche Arbeiter, wählt vaterländische Betriebsräte“ bzw. „Wählt rote Betriebsräte“ usw. bei dem diesjährigen Wahlkampf um die Betriebsräte überhaupt noch Gehör finden. Losgelöst von allen Schwierigkeiten einer intensiven Beschäftigung und Entwicklungsfragen der modernen Arbeiterbewegung, wird so mit Hilfe einer marktreiferen Kellame auch das Problem des herrschenden Direktionsrechts im Betriebe gelöst. Man erkennt mit bewußter Ueberlegung, daß die Betriebsräte zwar gesetzliche Vertreter der Arbeitnehmerschaft, aber nur mit beschränkter gesetzlicher Rechten und Pflichten ausgestattet sind, daß sie also nie solche Probleme lösen können. Es ist aber auch ein Irrtum, zu glauben, daß eine Betriebsvertretung ohne eine enge Verbindung mit der rechtlich bestehenden Tätigkeit und der Macht der Gewerkschaften ihren gesetzlichen Pflichten nachkommen kann.

Betriebsrecht, Berufsrecht und das Recht zur Mitwirkung in der Wirtschaft sind nicht voneinander zu trennende Aufgaben, die nie von einer isolierten Betriebsvertretung wahrgenommen werden können, weil die Wirtschaft und dadurch der einzelne Betrieb nicht von Betriebs-, sondern von Wirtschaftsorganisationen bestimmt wird. Die Hauptaufgabe einer Betriebsvertretung darum ist, die von der Gewerkschaft auf Grund ihrer Aufgaben ermittelten Rechte im engen Zusammenhang mit derselben im Betriebe zu vertreten und deren Durchführung zu überwachen. Das geschaffene Recht in Verbindung mit den gesetzlichen Schutzbestimmungen muß so dem heutigen Direktionsrecht wirksam entgegengesetzt werden. Die Betriebsräte sind darum wichtige Ergänzungsorgane der Organisation. Sie müssen jederzeit in der Lage sein, selbst alle Rechte wahrnehmen zu können, daneben aber auch aufklärend zu wirken, damit das vorhandene Recht auch von dem einzelnen Arbeitnehmer voll ausgeschöpft wird. Gerade in der Zeit einer Wirtschaftsdpression, wenn sich das herrschende Direktionsrecht verstärkt, ist es doppelt notwendig. So hat er bei notwendigen Kündigungen mitzuwirken und sich nicht schuldig absetzen zu stellen, damit beim Unternehmer nicht „Reinlichkeitsgründe“ nach „seiner“ Begriffe für die Auswahl der zu kündigenden Arbeitnehmer maßgebend sind. Nun zu leicht wird dadurch derselbe oder sein Vertreter verleitet, seinen Betrieb nach „seiner Ueberzeugung“ vor Erschütterung zu bewahren. Wo sich Uebergriffe und Härten zeigen, ist nach Möglichkeit vom Einspruchsrecht Gebrauch zu machen, damit das soziale Recht gewahrt wird.

Besondere Beachtung verdienen auch die Unfallverhütungsvorschriften, denn gerade in der Zeit einer rückläufigen Konjunkturbewegung versucht der Unternehmer, den Produktionsanteil je Mann und Schicht zu steigern, um seinen Anteil am

Produkt in der bisherigen Höhe halten zu können. Es ist nur zu bekannt, daß in solchen Perioden der einzelne Arbeiter nur zu leicht unter dem Druck reagiert. Ist es ihm dann im bisherigen Verfahren nicht möglich, die verlangte Leistungssteigerung zu erreichen, so geschieht es eben auf Kosten des Unfallschuldes. Eine solche Leistungssteigerung, aufgebaut allein auf einer gesteigerten Arbeitsintensität, kann sich leicht zu einer großen Gefahr für Leben und Gesundheit der betreffenden Arbeiter auswirken. Auch die Arbeitszeitvorschriften sind zu übersehen, damit Feiertagsarbeiten nicht unnötig durch Ueberstunden vermehrt werden. Gerade hierin wird versucht, die allgemeinen Produktionskosten auf Kosten eines Teiles der Arbeiter zu senken, indem man sogenannt unproduktive Beschäftigte, wie Gesteins- und Schichtlohnarbeiter, feiern läßt, dagegen aber Kohlenhauer, wie überhaupt solche, die mit der Kohलगewinnung beschäftigt sind, zu Ueberstunden zu pressen versucht. Auch die Bestrafungen nehmen in solchen Zeiten zu, so daß die Betriebsvertretung mehr denn je darauf zu achten hat, daß ihr Mitwirkungsrecht nicht angetastet wird.

So wird gerade jetzt von einer Betriebsvertretung die größte Pflichterfüllung beanprucht. Sie selbst steht unter erhöhtem Druck und kann nur dann das Gegengewicht gegen den verstärkten Gesamtdruck des Unternehmers bilden, wenn sie auf eine geschickte Hilfe der Organisation bauen kann. Darum können nur gewerkschaftliche Betriebsvertretungen dem heutigen verstärkten Direktionsdruck des Unternehmers, insbesondere aber im Bergbau, wirksam entgegenwirken. Die Aufgabe der Organisation ist es, gerade jetzt noch weitere Rechte für die Arbeitnehmerschaft im Betriebe im Kampfe gegen das überspannte Hausherrenrecht zu erzwingen, damit der jetzt lastende Druck im Betriebe verringert wird. So ist es jetzt notwendiger als je, die Organisation zu stärken durch ein tatkräftiges Einsetzen für gewerkschaftliche Betriebsräte im Rahmen anderer Organisationen. Würde dieses die Bergarbeiterchaft nicht anerkennen, so wäre es dem Unternehmer bald leicht, mit Hilfe des verstärkten Drucks in Krisenzeiten nicht nur unbeschränkter Herr der Arbeitskraft, sondern auch der Seele des Arbeiters selbst zu werden.

Am der Notwendigkeit eines gewissen Direktionsrechtes im Betriebe zweifelt zwar auch die organisierte Bergarbeiterchaft nicht, aber als autokratisches Unternehmerrrecht mit einer überspannten Betriebsautorität lehnt sie es ab. Das heutige Direktionsrecht muß mehr als bisher noch durch die Mitwirkung der Betriebsvertretung mit Hilfe der Organisation eingeschränkt werden, um auch in der heute herrschenden Wirtschaftsform die menschliche Arbeitskraft besser schützen zu können. Wo die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes Lücken aufweisen, so sind sie mit Hilfe der Organisation auszufüllen. Verbrecherisch ist darum, durch eine Schwächung der Organisation dieses Wollen und Wirken zu unterbinden.

Nur Dumme können den Parolen der Gelben folgen, die den Gemeinschaftssinn predigen, ohne die heutige Wirtschaftsform abändern zu wollen. Gemeinschaftssinn auf Grund des heutigen Privatrechtes kann nicht durch moralisierende Parolen, sondern nur durch eine verstärkte Machtkonzentration der Organisation erreicht werden. Wie der Unternehmer diesen gepriesenen Gemeinschaftssinn für sich in Anspruch nimmt, zeigt die heimliche und offene Unterjochung der Gelben, ohne daß er daran denkt, das Druckmittel des Direktionsrechtes aufzugeben. Helfershelfer sind aber auch die Kommunisten, die diese Bewegung durch eine vom Haß gegen die Organisation diktierte Fiktion propagieren zum Schaden nicht nur einer gesunden Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung, sondern auch, weil sie dadurch den heutigen Kampf gegen das Direktionsrecht des Unternehmers im Betriebe schwächen. Verstärkte Organisationsmacht gegen das Direktionsrecht im Betriebe ist darum die Parole bei den Bergbau-Betriebsrätewahlen vom 25. bis 27. März.

Aus dem Saargebiet.

Zur Sicherheitsmännerwahl.

Der christliche Gewertverein und das Oberbergamt.

Der „Saar-Bergknappe“, das Organ der christlichen Bergvölker im Saargebiet, bringt in Nr. 9 vom 1. März eine Eingabe und eine Antwort des Oberbergamts anlässlich des Grubenbrandes der Schachtanlage Calmelet der Berginspektion 11.

In der Antwort des Oberbergamts findet sich u. a. folgender Satz: „Die zur Sache gehörten Sicherheitsmänner der Grube Calmelet äußerten sich durchweg zufriedenstellend. Der Sicherheitsmann der Abteilung 5 (Grubenbrarabteilung) bezeichnet den Zustand seiner Abteilung sogar mit „sehr gut“.“

Der christliche „Saar-Bergknappe“, so oberbergamtsfremd wie er ist, versucht nun zur Wahlpropaganda dem Sicherheitsmann etwas anzuhängen, indem er in Fettdruck schreibt: „Ob der Zustand der Abteilung „sehr gut“ ist, wie der zuständige Sicherheitsmann dem Bergrevierbeamten mitteilte, können wir von hier aus nicht beurteilen, sondern das ist Sache der in dieser Abteilung beschäftigten Bergleute. Eine so glänzende Akte dürfte selten für einen Grubenbetrieb zutreffen.“

Zu den Schreiben des Oberbergamts sowie des christlichen „Saar-Bergknappen“ haben wir zu bemerken:

Der Sicherheitsmann der Abteilung 5 der Schachtanlage Calmelet ist das Verbandsmitglied Friedrich Klaf. In der Abteilung 5 war der Brandherd. Klaf, welcher auf einem anderen Flügel arbeitete, meldete sich als Sicherheitsmann bei Ausbruch des Brandes sofort in die gefährliche Arbeit, um im Interesse seiner Abteilungskameraden ständig eine Kontrolle vornehmen zu können. Klaf hat wohl damit, verehrter „Saar-Bergknappe“, seine Pflicht erfüllt.

Was nun das Verhör des Bergmeisters angeht, ist folgendes zu sagen: Der Bergmeister fragte die versammelten Sicherheitsmänner, wie es in ihren Abteilungen aussehe. Der Sicherheitsmann Klaf der Abteilung 5 gab zur Antwort: „Wie es bei mir ausfiel, habe ich im Jahrbuch bei meiner letzten Jahrschrift besonders vermerkt. Im Südquer Schlag sind starke Schlagwetter ausgeströmt. Darauf entgegengele der Obersteiger, daß der Querschlag eingestellt sei.“ Klaf betonte weiter, daß infolge der Zuspülung des Brandherdes die Wetterführung, da die gesamten Wetter für den übrigen Teil der Abteilung benutzt werden könnten, gut sei.

Also ein objektives Urteil! Wo Gefahr war, hat sich unser Sicherheitsmann in die Gefahrenkammeradschaft gemeldet. Wo Schlagwetter waren, das wurde pflichtgemäß in das Jahrbuch eingetragen und veranlaßt, daß die Arbeit dort eingestellt wurde. Wo die Gefahr nicht bestand, wurde dies ebenfalls bekundet. Daß der Bergmeister die Aussagen der Sicherheitsmänner für sich auswählte, ist menschlich begrifflich.

Wir wünschen nur, daß alle christlichen Sicherheitsmänner soviel Pflichtbewußtheit wie der Verbands-Sicherheitsmann Klaf an den Tag legen würden, dann stünde es manchmal mit der Vertretung der Belegschaft besser.

Konferenz der Gewerkschaftsredakteure.

Die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsredakteure, bewirkt durch die Einsetzung des Sachausschusses für die Gewerkschafts- und die Abhaltung der Fachkonferenzen, erweist sich als um so fruchtbarer, je länger sie währt und je mehr sie sich befestigt. Die jüngste Konferenz unserer Schriftleiter, die am 11. und 12. Februar in Berlin stattfand, legte von neuem Zeugnis ab von der Vielgestaltigkeit der den Kreis der Redakteure beschäftigenden Fachfragen sowie von ihrer Dringlichkeit und der Möglichkeit ihrer Lösung durch gemeinsame Erörterung und gegenseitige Anregung.

Die Konferenz wurde eingeleitet durch den Bericht des Sachausschusses, den der Vorsitzende, Herr Scheffler, erstattete. Der Sachausschuß war bestrbt, Verbindung zu bekommen zu den Pressedezernaten der Zentralbehörden des Reichs und Preußens, um bei diesen den Anspruch der Gewerkschafts- und die Beteiligung an offiziellen Presseempfangen sowie am Versand christlichen Pressematerials anzumelden und durchzusetzen. In Verhandlungen mit mehreren Stellen der genannten Art hat sich zwar herausgestellt, daß die üblichen Konferenzen und schriftlichen Meldungen nur in begrenztem Umfange Bedeutung für die Gewerkschafts- und die Presse haben, so daß ihre Einreichung in den Kreis der Teilnehmer an diesen Informationen nur von geringem Nutzen wäre. Damit ist jedoch nur erwiesen, daß andere Formen des Verkehrs der Zentralbehörden mit der Gewerkschafts- und die Presse gefunden werden müssen; der Anspruch unserer Presse auf eine ihren Zwecken dienliche Information wurde von den Stellen, an die sich der Sachausschuß wandte, keineswegs bestritten, alle erklärten sich bereit, Verbindung mit der Gewerkschafts- und die Presse zu pflegen. Der Sachausschuß wird den mit diesen Bemühungen beschrittenen Weg weiter verfolgen. Scheffler gab ferner Auskunft über das Ergebnis einer statistischen Umfrage an die Redakteure. Durch die Statistik wurden Feststellungen getroffen über Auflagenziffer, Besetzung der Redaktionen mit Schriftleitern und Hilfskräften, über ständige Mitarbeiter für alle Abteilungen eines jeden Blattes, Höhe der Honorare und andere Dinge, die für die Arbeitsweise der Schriftleitungen von Bedeutung sind.

Dem Bericht des Sachausschusses folgte nur eine kurze Diskussion, die indessen eine ganze Reihe Anregungen für weitere Arbeiten des Sachausschusses zutage förderte. Dann hielt Fritz Krumm eine geführte auf umfangreiches und höchst interessantes Anschauungsmaterial, einen Vortrag über die Gewerkschafts- und die Presse des Auslandes. Der Vortrag ergab einen guten Ueberblick über die Bedeutung der führenden Blätter des Auslandes und der gewerkschaftlichen Strömungen, zu denen sie gehören. In jedem Organ spiegelt sich etwas von der Eigenart des Pressewesens seines Landes, und als Einheit gesehen, ist das Pressewesen der Gewerkschaften aller Kontinente ein Abbild der Struktur der Gewerkschaftsbewegung der Welt.

Auf den Nachmittags des ersten Sitzungstages hatte der Reichsarbeitsminister Wiffell die Teilnehmer an der Konferenz zum Empfang und zur Besichtigung der Einrichtungen des

Hauses ins Ministerium geladen. Reichsarbeitsminister Wiffell begrüßte die Vertreter der gewerkschaftlichen Presse aller Richtungen — denn an sie alle war die Einladung ergangen — mit sehr herzlichen Worten. Er betonte den sachlichen Zweck dieses Beisammensitens, der darin bestehe, durch persönliche Fühlungnahme die Voraussetzungen für das Zusammenwirken zwischen dem Ministerium und der Presse der Gewerkschaften zu befestigen. Eine Vorstellung von dem Arbeitsgebiet des Ministeriums und seiner einzelnen Abteilungen erhielten die Redakteure durch eine eingehende Besichtigung der bekannten, im Hause untergebrachten Ausstellung.

Diesen Besuch im Arbeitsministerium dürfen die Gewerkschaften betrachten als eine erste Frucht jener im Bericht des Sachausschusses erwähnten Bemühungen, Verbindungen herzustellen zwischen den Reichsämtern und der Gewerkschafts- und die Presse. Wir glauben, es wäre ein Gewinn für beide Teile, wenn sich von diesem Zusammentreffen aus ein Verkehr anbahnen würde, der den Gewerkschaftsredakteuren die Möglichkeit böte, sich bei wichtigen sachlichen Anlässen an der Quelle zu unterrichten über Absichten und Ziele des Reichsarbeitsministeriums.

Am zweiten Tage der Konferenz sprach der Reichstags- abgeordnete Stefan Meier (Freiburg i. Br.) über das Thema „Young-Plan und Finanzreform“. Da der Vortrag nur zur Information dienen sollte, unterblieb eine Diskussion. Das Hauptthema des Tages aber lautete: „Das Gesicht der Zeitung“. Hierzu sprach der Kollege Grams, Redakteur der „Typographischen Mitteilungen“, des vorbildlichen Fachblattes der Buchdrucker. Es handelte sich um die typographische Gestaltung der Zeitung. Auch Grams hatte sich mit reichem Anschauungsmaterial ausgerüstet, bestehend in Zeitungsseiten, wie sie sein sollen oder nicht sein sollen, und an diesen — immer vom Standpunkt des Typographen — guten und bösen Beispielen erläuterte er die Gesichtspunkte, die beim Aufbau der Zeitungs- und die Gestaltung der Zeitung insgesamt bestimmend sein müssen, damit ein wirksames und zugleich dem heutigen Geschmack gefälliges typographisches Bild entstehe. Wie wichtig das Thema war und wie gut Grams seine Aufgabe gelöst hatte, zeigte sich in der ausgedehnten, sehr einträglichen Diskussion.

Nach Erledigung der Tagesordnung wurden den Schriftleitern einige Schallplatten der „Neuen Truppe“ vorgespielt. Von diesem Unternehmen wird noch die Rede sein müssen; diesmal sei nur erwähnt, daß die Schallplatten (sowie der Prospekt der „Neuen Truppe“) von der Verlags- und die Druckerei des ADGB zu beziehen sind. Die Verlags- und die Druckerei des ADGB zeigte dann noch den Redakteuren den Film „Die erste Bundeschule entsteht“ und damit zugleich einen Vortragsapparat, dessen Vertrieb sie in der Hand hat.

Das gedruckte Wort

hat oft eine bessere Wirkung als das gesprochene. Darum gib Deine gelehrte Zeitung weiter an unorganisierte und indifferente Kameraden. Die Zeitung ist ein gutes Werbemittel für den Verband!

Der Kampf um die neue Knappschäftsnovelle.

Der „Bergknappe“, das Organ des christlichen Gewertvereins, nimmt in Nr. 11 vom 15. März in einem zwei Spalten langen Artikel Stellung gegen den Kameraden Hoffmann, Vertrauensmann im Saarknappschäftsverein, und gegen dessen Feststellungen in der „Bergbau-Industrie“, in der Saarbrücker „Volkstimme“ und im Landesrat des Saargebiets. Die „Bergbau-Industrie“ vom 22. Februar scheint es dem „Bergknappen“ besonders angehen zu haben. Die darin gemachten Feststellungen schmerzen jedenfalls sehr. Die Feststellungen des Kameraden Hoffmann haben eben klar bewiesen, daß Herr Michely vom christlichen Gewertverein mit Lügen und Verleumdungen vorging, daß er bewußt diese Fehde heraufbeschworen hat und daß die Vertreter des Gewertvereins den geistigen Vater der neuen Knappschäftsnovelle, Herrn Dr. Thiffen, mit allen ihnen gebotenen Mitteln unterstützt haben. Haben sie doch im Landesrat bei der Kommissionsberatung sich dafür eingesetzt, daß neben dem amtlichen Stenographen auch noch ein besonderer Stenograph Protokolle anfertigen soll, weil es Herr Ministerialdirektor Dr. Thiffen wünschte. Hat doch Dr. Thiffen sogar seine Stenotypistin zum Stellvertreter des Herrn Ministers Kofmann bestimmen lassen, um sein Ziel zu erreichen. Dieses Ziel war, die Ausführungen des Kameraden Hoffmann bei den Verhandlungen — nur für seine Zwecke — protokolliert zu haben. Berief er sich doch sogar auf die Zustände im Reichstag und Preussischen Landtag, obwohl das Gegenteil dortselbst vorhanden ist.

Lieber „Bergknappe“! Kamerad Hoffmann hat Tatsachen festgestellt. Erzählungen und Verdrehungen sind jedoch von denen getätigt worden, die du in Schutz genommen hast! Die „Felleher und Gedankenleier“ sitzen ganz woanders, lieber „Bergknappe“, aber nicht in den Reihen des Verbandes. „Woher kennt Herr Hoffmann die Erwägungen, die die Bergwerts- und die Bergknappendirektion anstellen ließ?“ fragt der „Bergknappe“ und knüpft daran allerlei häßliche Bemerkungen. Wir bedauern, daß der „Bergknappe“ noch solche Fragen stellt, weil dadurch bewiesen ist, daß der christliche Gewertverein nicht einmal über den Verlauf der ganzen Angelegenheit im Bilde ist. Hat doch Kamerad Hoffmann öfters zum Ausdruck gebracht, daß diese Erwägungen bereits bei der Verwaltung des Saarknappschäftsvereins Anfang November 1929 geprüft wurden. Sogar eine graphische Darstellung, welche den beiden Vertrauensleuten zugeht, wurde durch den Mathematiker ausgearbeitet. Also auch der Vertrauensmann des christlichen Gewertvereins, Herr Gärtner, hat diese Erwägungen geradezu gut wie Kamerad Hoffmann zur Kenntnis erhalten. Aber auch Herr Ministerialdirektor Dr. Thiffen bekam die Vorschläge mit der graphischen Darstellung zur Kenntnis gebracht, und zwar lange bevor die Regierungskommission seinen Entwurf in der ersten Lesung angenommen hatte. Dabei wurde er noch darauf aufmerksam gemacht, daß seine Vorschläge weit hinter dem zurückstehen, was die Vertreter der französischen Bergwerts- und die Bergknappendirektion in Erwägung gezogen hatten. Die Vorschläge der Bergwerts- und die Bergknappendirektion waren sogar den Vorschlägen des Herrn Dr. Thiffen gegenübergestellt. Er ließ trotz alledem die Regierungskommission seinen Gedanken ungehindert beschließen. Diese Erwägungen sind also den Vertretern des Gewertvereins aus der-

selben Quelle bekannt geworden, aus der sie dem Kameraden Hoffmann zuflossen.

Sogar Herr Direktor M a s s i n g hatte in den Vohnerhandlungen den Kameraden S c h w a r z und K u h n e n gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er sich mit dem Gedanken trug, einer weiteren Beitragserhöhung von 2 Fr. für jede Seite und jeden Monat zuzustimmen. Also: weshalb diese Verdrehungen? Der „Bergknappe“ schreibt jedoch kein Wort zu der Tatsache, daß sogar die sozial rückständigen Vertreter der Bergwerksdirektion in verschiedenen Punkten den Bestimmungen der neuen Knappschäfts-Novelle ihre Zustimmung verweigerten, weil sie sie als unangenehm bezeichnen. Wir haben das in der „Bergbau-Industrie“ vom 22. Februar kurz festgesetzt.

Wenn man weiß, daß die Regierungskommission sehr stark unter französischem Einfluß steht, dann ist es selbstverständlich, daß man unter Verhältnissen, wie sie hier lagen, die französische Bergwerksdirektion gegen die Regierungskommission auszuspielen mußte. Darüber versucht der „Bergknappe“ mit einigen Worten hinwegzugehen. Er glaubt, damit seine Gesinnungsfreunde in der Regierungskommission decken zu können und sich Uebertrieb zu machen. Es ist doch allgemein bekannt, daß der Entwurf der Entwurf des Herrn Dr. Thissen ist. Er hat ihn ja selber bei jeder Gelegenheit als seinen Entwurf bezeichnet. Er und Herr Thissen aber als Sozialminister und Abteilungsleiter verantwortlich für die Knappschäfts-Novelle.

Wie weit die Wahrheitsliebe der Herrschaften vom christlichen Gewerksverein geht, zeigt ein Vorfall, der sich in der Knappschäftsversammlung in Frankenholz am 9. März d. S. abspielte. Der Knappschäftsbesitzer des christlichen Gewerksvereins, Herr Michely, hatte den „Mut“ zu erklären, daß die vom Kameraden Hoffmann angezogenen Erwägungen ihm, seinem Kollegen Gärtner und auch der Knappschäftsverwaltung nicht bekannt gewesen seien. Kamerad Hoffmann stellte dann den Herrn Knappschäftsbesitzer und Herrn Gärtner zur Rede, worauf diese ihm gegenüber zum Ausdruck bringen mußten, daß das Gegenteil der Fall war. Hatte doch sogar Kamerad Hoffmann nur vom Herrn Direktor Kenntnis von den in Erwägung gezogenen Vorschlägen erhalten. Auch Herr Gärtner mußte zugeben, daß ihm diese Erwägungen mit der graphischen Darstellung zur Kenntnis gebracht worden sind.

Es ist einfach unglaublich, daß der „Bergknappe“ sowie die Vertreter des Gewerksvereins sich zu solchen Verdächtigungen und Verleumdungen entschließen können. Es ist weitaus unverständlicher, wie man in einer solchen Situation, in der unbedingt Einigkeit erforderlich wäre, zu einer solchen Pressefehde ausfindeln kann. Eine Erklärung wird vielleicht die Tatsache, daß Herr Ministerialdirektor Dr. Thissen Beschwerde über den Kameraden Hoffmann geführt hat bei einem maßgebenden Herrn des Arbeitsministeriums, und daß diese geführte Beschwerde den Anstoß zur Pressefehde gegen den Kameraden Hoffmann gab. Dieses wurde ja nicht nur im „Bergknappen“ und im „Saar-Bergknappen“, sondern in dem ganzen Blätterwald des Saarzentriums geführt, und zwar mit dem Motto: „Haltet den Dieb!“

Hebe gegen Knappschäftsälteste des Verbandes.

Beim Knappschäftsältesten Klaf (Wadgassen) erschien eine Witwe mit der Bitte, Antrag zu stellen auf Verlängerung der Winter Abfahre Deputatkohlen, da sie ihre 40 Zentner Kohlen erst im Winter abfahren lassen wollte. Der Knappschäftsälteste stellte daraufhin unterm 13. Juni 1929 Verlängerungsantrag bei der Bergwerksdirektion, Service Commerciale. Von da aus bekam er keinen Bescheid, obwohl er die Karte öfters reklamierte. Erst am 11. September 1929 ging die eingekaufte Kohlenkarte der Witwe wieder zu mit dem Vermerk, daß die Verlängerung der ersten Rate abgelehnt sei. Die Witwe ging hierauf auf das Gewerksvereinsbüro, woselbst man den Tatbestand aufnahm und die Eingabe an die Bergwerksdirektion machte. Statt nun in der Eingabe darauf hinzuweisen, wie die Sachlage ist, schob man die Schuld dem Knappschäftsältesten zu, worauf die Bergwerksdirektion erneut die Verlängerung ablehnte. Das Gewerksvereinsbüro teilte diese Ablehnung durch ein Schreiben nachstehenden Inhalts mit:

„Sehr geehrte Frau!

Auf unser an die Bergwerksdirektion am 18. Dezember 1929 gerichtetes Schreiben ging uns folgende Antwort zu:

„Da nach Ihrem eigenen Dafürhalten der Knappschäftsälteste Klaf, Wadgassen, durch verspätete Aushandlung der Kohlenkarte an die Witwe Arbeit den Verlust von 20 Zentner Kohlen erleidet, hat, kann aus grundsätzlicher Erwägung heraus dem Antrag auf Fristverlängerung nicht stattgegeben werden.“ (Unterschrift.)

Somit ist Klaf verpflichtet, Ihnen 20 Zentner Kohlen zu demselben Preis zu liefern, welchen Sie auf der Grube bezahlen müssen. Sollte er damit nicht einverstanden sein, so können Sie ihn mit Erlaubnis verklagen.“

Es wird also erklärt: „Der Knappschäftsälteste Klaf ist verpflichtet, Ihnen diese 20 Zentner Deputatkohlen zu liefern.“ Das ist der Weisheit letzter Schluss eines Rechtsinhabers, der das christliche Gewerksvereinsbüro hätte er die Sachlage richtig geschildert und darauf hingewiesen, daß der Verlängerungsantrag rechtzeitig gestellt, aber zu spät abgelehnt wurde, dann hätte die Bergwerksdirektion jedenfalls diese 20 Zentner Deputatkohlen nachliefern müssen. Es ist klar, daß, wenn eine Verlängerung abgelehnt wird, das Ablehnungsschreiben mit der Kohlenkarte zu rechtzeitig dem Berechtigten wieder zugeleitet werden muß, daß er sich vor dem Fälligkeitstermin seine Kohlen abfahren lassen kann. Dieser Fälligkeitstermin war in diesem Falle der 1. August 1929. Die Witwe hätte also vor diesem Termin die Kohlenkarte haben müssen, damit sie ihre Kohlen rechtzeitig hätte abfahren lassen können. Das geschah jedoch nicht, obwohl der Knappschäftsälteste öfters reklamierte. Die Kohlenkarte wurde erst am 11. September 1929 zurückgegeben. Wäre die Witwe sofort wieder zu dem Knappschäftsältesten zurückgegangen, dann hätte sich der Verlust sicher mit der Verbandsleitung in Verbindung gesetzt und die Frage wäre dann ordnungsgemäß bearbeitet und im Sinne der Frau erledigt worden.

Die Frau wurde jedoch von einem Gewerksvereinsmitglied, das mit ihr in verwandtschaftlichem Verhältnis steht, dahin beeinflusst, zum Gewerksverein zu gehen. Die Angelegenheit wurde dann vollkommen verfahren. Sie mußte dann von einem Verbandsangehörigen wieder eingereicht und auf das richtige Geleise gebracht werden. Die Vertreter der Bergwerksdirektion wurden im Februar d. S. vom Verband nochmals in der Sache angegangen, wobei eingehend darauf hingewiesen wurde, daß die Schuld nicht am Knappschäftsältesten, sondern an der Bergwerksdirektion liege, weil die Angelegenheit daselbst vom 13. Juni bis 11. September 1929 liegen blieb. Der zuständige Beamte konnte sich dem nicht verschließen und hat dann die 20 Zentner Deputatkohlen nachbewilligt.

Die Weisheit des Angefallenen des christlichen Gewerksvereins geht sogar so weit, daß er gegen den Ältesten Klaf empfiehlt, die nach seiner Meinung mit Erfolg geendet hätte. Der liebe

Mann scheint nicht zu wissen, daß der Knappschäftsälteste ein Organ des Saar-Knappschäftsvereins ist, und daß man Knappschäftsälteste nicht für Schaden haftbar machen kann, der auf nachlässigen Geschäftsgang und verzögerte Bearbeitung einer Sache durch die Verwaltung zurückzuführen ist. In dem Falle hätte dann höchstens der Knappschäftsverein, in dessen Auftrag ja der Knappschäftsälteste sein Amt verwaltet und ausübte, für die entstandenen Schäden zu haften. Da es sich aber um einen Knappschäftsältesten des Verbandes handelt, muß natürlich die christliche Nächstenliebe des Gewerksvereinsangehörigen den Verbandsältesten für alles haftbar machen.

Aus dem Ruhrrevier.

Verlegung der Ummeldetermine bei der Ruhrknappschäft.

Die ärztliche Versorgung der Mitglieder der Ruhrknappschäft ist bekanntlich so geregelt, daß man nur den Arzt des Sprengels aufsuchen kann, in welchem man wohnt. An zwei Terminen des Jahres ist es jedoch möglich, in einem Umkreis von vier Kilometern einen anderen Knappschäftsarzt zu wählen. Bisher fielen die Termine in die letzten 25. bis 29. April und vom 25. bis 29. Oktober. In der letzten Sitzung des Vorstandes sind sie jedoch verlegt worden, und zwar in die Zeit vom 20. bis 31. März und vom 20. bis 30. September. Die Ummeldung gilt dann vom 1. April oder vom 1. Oktober ab, je nachdem, in welchem Zeitraum sie erfolgte. Während die auf den Zeichen beschäftigten Versicherten die Ummeldung auf ihrer Zeche vornehmen können, müssen die Knappschäftswitwen und die kurberechtigten Knappschäftsinvaliden, die nicht mehr im Bergbau beschäftigt sind, die Ummeldung bei dem Ältesten vornehmen.

Bezirk Herborn.

Die Not der Schieferarbeiter in der Eifel und im Gauberg Gebiet.

Im Schieferbergbau an der Mosel werden bei normalem Wiederaufgang etwa 1100 bis 1200 Arbeiter beschäftigt. Im Dezember 1929 wurde die Produktion um ein Drittel eingeschränkt und eine entsprechende Anzahl Arbeiter entlassen. Zum Schluß April 1929 wurden alle Betriebe stillgelegt. Ende März und Anfang April 1929 wurden einige Betriebe wieder aufgenommen, aber mit stark verminderter Belegschaft. In den Kreisen Mayen und Cochem wurden etwa 250 Mann im vorigen Jahre mit öfteren Unterbrechungen beschäftigt. Zur Zeit sind kaum 200 Mann in Arbeit. Ein großer Teil der arbeitslosen Schieferarbeiter ist aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung ausgeschlossen und auf Wohlfahrtsunterstützungen angewiesen. Die Wohlfahrtsunterstützungen sind sehr gering und betragen im Kreise Cochem: für Verheiratete mit einem Kind wöchentlich 8 M., mit zwei Kindern 9,50 M., mit drei Kindern 11 M., mit vier und mehr Kindern 12,50 M., mit vier Kindern ohne Kinder erhalten überhaupt keine Unterstützung.

Die Schieferarbeiter wohnen zerstreut in den kleinen Eifel-dörfern. Es handelt sich durchweg um kleine landwirtschaftliche Gemeinden, deren Existenz auf farge Landwirtschaft und auf das Lohnverkommen der dort wohnenden Schiefer- und Steinarbeiter aufgebaut ist. Infolge Darniederliegens dieser Industrien ist das Lohnverkommen für etwa 80 Prozent der Arbeiterkraft im vorigen Jahre ausgefallen. Die Schieferbergarbeiterdörfer gehören zu den ärmsten der Eifel. Der landwirtschaftliche Ertrag in diesen Gegenden ist sehr gering. Diese Dörfer sind vollständig verarmt und nicht in der Lage, die geringen Wohlfahrtsunterstützungen aus eigener Kraft aufzubringen. Es scheiden aber immer mehr von Bezug der Krisenunterstützung aus und die Belastung der Gemeinden wird von Tag zu Tag größer.

Ähnlich liegen die Verhältnisse im Gauberg Gebiet. In den letzten zwei Jahren wurden dort etwa 40 bis 50 Prozent der 600 bis 700 Mann starken Belegschaft beschäftigt. Auch hier wird die Belastung der Wohlfahrtsämter durch die Inanspruchnahme der Wohlfahrtsunterstützungen seitens der ausgeschalteten Schieferarbeiter von Tag zu Tag größer. Eine Aussicht auf Besserung in der Schieferindustrie besteht vorläufig nicht.

Die Krise im Schieferbergbau wird auf folgende Ursachen zurückgeführt: 1. verminderte Bautätigkeit, 2. Konkurrenz durch ausländische Schiefer (luxemburgische, belgische und französische, die nach Angaben der Unternehmer bis 40 Prozent billiger verkauft werden als die deutschen), 3. Verdrängung des Dachziegels

durch andere Bedachungsmaterialien, wie Zink, Pappe, Dachziegel usw., 4. Flachdachbauten.

Wir wollen nicht verfehlen, noch darauf hinzuweisen, daß das Verhalten des Schieferkonkors in Frankfurt a. M. zur Verschärfung der Krise im Schieferbergbau ein erhebliches Maß beigetragen hat. Man glaubte, den Schieferbergbau durch alle wirtschaftlichen Wirrnisse mit indirekten oder direkten Staats-subsidien sowie neunstündiger Arbeitszeit hindurchzubringen. Alle Ermahnungen der Gewerkschaftsvertreter, einen anderen Kurs einzuschlagen, sind an der „höheren“ Einsicht der Führer des Schieferbergbaues abgeprallt. Die neunstündige Arbeitszeit mußte beibehalten werden, weil angeblich der Schieferbergbau zum Erliegen käme. Dies haben die Schlichtungsinstanzen geglaubt. Leider waren die Schieferarbeiter nicht in der Lage, den Unternehmern aus eigener Kraft eine andere Meinung beizubringen. Das Endresultat: trotz der neunstündigen Arbeitszeit, trotz Erfüllung aller Wünsche der Unternehmer in bezug auf die Sozialpolitik (wir erinnern nur an die Befreiung eines Teils des Schieferbergbaues von der Knappschäftlichen Versicherung) nicht der Schieferbergbau eine Knappschäft durch, wie er sie noch nicht durchgemacht hat. Dabei müssen die Schieferarbeiter leider die Kosten bezahlen.

Die Notlage unter den Schieferarbeitern ist sehr groß. Sie kann nicht mehr gesteigert werden. Deshalb ist es notwendig, daß seitens der Regierung sofort eingegriffen wird. Wir müssen annehmen, daß die Regierung seitens der örtlichen Behörden über den Notstand der Schieferarbeiter eingehend unterrichtet sind. Wir wollen nicht unterlassen, noch darauf hinzuweisen, daß die Schieferarbeiter seit 1923 jedes Jahr unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Ein fleißiger und zäher Arbeiterstamm geht infolge einer verrückten kapitalistischen Profitwirtschaft zugrunde, wenn nicht bald Hilfe gebracht wird.

Die Hilfe muß einmal darin liegen, daß die Wohlfahrtsunterstützungen für die Ausgesteuerten erhöht werden, ferner, daß die Unterstützung allen Arbeitslosen gewährt wird. Diese Unterstützungsaktion kann nur vorübergehender Natur sein. Eine Dauerhilfe muß durch Schaffung der Beschäftigungsmöglichkeit gesucht werden. Die Schieferarbeiter verzichten gern auf Unterstützungen, wenn ihnen Beschäftigungsmöglichkeit geboten wird. Es ist notwendig, daß die in Betracht kommenden Regierungsstellen, wenn nicht anders, dann durch gesetzgeberische Maßnahmen dem Schieferbergbau bald zu Hilfe kommen müssen. Dieser Appell darf nicht unerhört bleiben.

Bezirk Köln.

Aus dem Bensberger Erzbergbau.

Schon längere Zeit machte die Verwaltung der Grube Lüderich bei den Bergarbeitern ungerechte Abzüge vom Lohn. So wurden jedem Bergarbeiter, dem während der Arbeitszeit der Hahn am Bohrhammer abgebrochen ist, 3,50 M. vom Lohn abgehalten. Der Arbeiterrat mußte sich wiederholt mit dieser Frage beschäftigen, aber rücksichtslos, wie die Grubenverwaltung nun einmal ist, ließ sie sich nicht davon überzeugen, daß die vielen Brüche im Material begründet sind und daß ein Verschulden der Arbeiter nicht in Frage kommen könne. Sie verlangte einfach, daß alle Hähne, die abbrechen, von den Bergarbeitern zu ersetzen seien. Hierbei wollte sie aber „großzügig“ sein und nur den Selbstkostenpreis berechnen. Aber auch die Bergarbeiter lassen sich nicht alles gefallen. So rief denn ein Kamerad, dem in kurzer Zeit vier Hähne abgebrochen waren und der hierfür 14 M. abgehalten bekam, das Arbeitsgericht zur Entscheidung an. Krampfhaft versuchte die Grubenverwaltung, am Arbeitsgericht den Nachweis zu erbringen, daß nur durch die Schuld der Arbeiter die Hähne abbrechen würden. Kamerad Simon von unserem Verband, welcher den Kameraden am Arbeitsgericht vertrat, konnte das Gericht davon überzeugen, daß die Schuld nicht bei den Bergarbeitern zu suchen sei, sondern die Brüche durch die Beschaffenheit der Hähne verursacht würden. Die Verwaltung wurde dann auch verurteilt, die 14 M. zurückzahlen, weil sie in unbilliger Weise den Betrag in Abzug gebracht hat.

Allgemein ist ja bekannt, daß die Verwaltung der Grube Lüderich sehr wenig soziales Verständnis hat, wenn es sich um Arbeiter handelt. Ueber willkürliche Bestrafungen haben wir dieselben Klagen zu verzeichnen. Die Haltung der Grubenverwaltung wird aber nur gestärkt durch die Haltung der Bergarbeiter selbst. Sie lassen sich lieber ungerechte Abzüge vom Lohn machen, statt Beiträge zum Verband zu zahlen. Deshalb, Kumpels von Grube Lüderich, befinnt euch auf euch selbst und laßt euch dem Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands an.

Wie steht in der Geschäftsstelle Gießen?

Trotz der größten Widerstände der Arbeitgeber war es möglich, im Jahre 1929 nachstehende Lohn-erhöhungen in den vier Tarifbezirken durchzuführen. So brachten sie eine durchschnittliche Lohn-erhöhung je Schicht: im Eisensteinbergbau 12 Pf., das sind in einem Jahr bei rund 1800 Belegschaftsmitgliedern 108 000 M.; auf der Braunkohlengrube Wölfersheim 70 Pf., oder bei 260 Belegschaftsmitgliedern in einem Jahr rund 54 600 M.; auf der Braunkohlengrube Friedrich 40 Pf., das sind bei 370 Mann Belegschaft in einem Jahre rund 44 000 M.; auf der Dach-schiefergrube Langheide 35 Pf., oder bei 30 Belegschaftsmitgliedern im Jahr 3150 M. Die Lohn-erhöhungen bringen also der Gesamtbelegschaft einen Mehrlohn von 210 000 M. in einem Jahre. Auf dem Gebiete des Rechtschusses wurde ebenfalls ein recht schöner Erfolg erzielt. Es wurden insgesamt 127 Klagen erledigt. Davon entfielen auf:

Klagen	Zahl der Fälle	ohne Erfolg	mit Erfolg	erzielter Wert in M.
an den Arbeitsgerichten	18	7	11	630
Rechtsinvalidentrenten	25	8	17	3 200
Knappschäftrenten	4	—	4	1 800
Unfallrenten	23	10	13	2 150
Arbeitslosenunterstützung	50	18	32	3 350
hinzu kommt die Unterstützung für 30 J. Bergarbeiter nach der Auspfeuerung der westdeutschen Metallarbeiter von Urlaubslagen	2	2	2	9 000
Ereignislagen	4	2	1	—
Privatklagen	1	—	—	—
an Eingaben wurden angefertigt	15	—	—	—
Summa	142	47	95	20 130

In der Summe von 20 130 M. sind nur die nachgezählten Beträge enthalten, soweit es sich um Renten handelt. Die laufenden Renten sind nicht zu erfassen.

Die um die Jahreswende auf allen Betrieben durchgeführte Büchertontrolle zeigte, daß noch immer eine Anzahl der Bergleute dem Verband fernsteht. Sie zeigte aber auch, daß manche Mitglieder nicht den statutarischen Beitrag zahlen oder mit den Beiträgen im Rückstand sind. Hier muß unbedingt eine Besser-

ung eintreten. Jeder, den es angeht, mag die Mahnung beherzigen.

Ein recht befriedigendes Ergebnis zeigt die Mitgliederbewegung für 1929, die sich wie folgt entwickelte:

Mitgliederstand am	Zusgesamt	davon		Zugang
		Voll-bezahlter	Invaliden	
31. 12. 28	1722	1441	281	—
31. 3. 29	1739	1533	206	17
30. 6. 29	1817	1604	213	78
30. 9. 29	1841	1628	213	24
31. 12. 29	2109	1811	298	268

Die Steigerung beträgt demnach . . . 387 = 22%

Vorstehende Zahlen sind errechnet nach den wirklich verkauften Beitragsmarken. Nicht einbezogen sind darin kranke und arbeitslose Mitglieder, soweit deren Beiträge auf dem Bezirksbüro kassiert wurden.

Die Steigerung um fast 400 neue Mitglieder konnte nur in harter Arbeit erreicht werden. Diese Mitglieder zu halten, ist vornehmlich eine Arbeit der Funktionäre. Daß die Funktionäre gute Arbeit leisten können, haben sie im vergangenen Monat bewiesen, wo bei 15 Hausgintationen rund 85 neue Mitglieder gewonnen wurden. Das sind fast 10 Prozent der Untertützung gezahlten, die im Dezember 1929 festgestellt wurden. In diesem Sinne muß auch in der kommenden Zeit gearbeitet werden. Wir haben nicht die geringste Veranlassung, auch nur eine Weile zu ver-schnaufen.

Die drohende Gefahr der allgemeinen Wirtschaftskrise erfordert die ganze Kraft der Organisation. In der Geschäftsstelle sind in den letzten Wochen mehr als 1000 Belegschaftsmitglieder durch Betriebsstilllegung und Einschränkung arbeitslos geworden. Für die organisierten Kameraden muß die Unterstützung gezahlt werden. Das erfordert Solidarität. Aber noch viel wichtiger Grund ermahnt uns zur Einmütigkeit und zum Zusammen-schluß. Welcher Eisensteinbergmann denkt nicht an jene Krisenzeit von 1924-25 zurück, wo bei der Wiederinbetriebnahme der Gruben die Organisation fehlte? Dieses Beispiel darf sich nicht wiederholen und es wird sich auch nicht wiederholen, wenn jedes Mitglied seine Pflicht tut. Die freudige Mitarbeit aller ist notwen-digstes Gebot.

Jahrestreffen des Verbandes.

Bezirk Waldenburg.

Am 23. Februar tagte im Saale der Stadtbrauerei in Waldenburg unsere Jahreskonferenz. Ueber die Verhandlungen in Genf, dem ersten Punkt der Tagesordnung, berichtete in längeren Ausführungen Kamerad August Schmidt vom Hauptvorstand.

Zum zweiten Punkt erläuterte der Bezirksleiter, Kamerad Hoffmann, den Geschäfts- und Kassenbericht. Der Bericht lag den Delegierten gedruckt vor, bedurfte also einer Ergänzung. Kamerad Hoffmann ging vor allem auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des niederschlesischen Steinkohlenbergbaues ein. Er betonte, daß auch im niederschlesischen Revier die Verhältnisse nicht so ungünstig sind, wie sie von den Unternehmern geschildert werden. Die arbeitstächtige Förderleistung hat im Januar einen Stand erreicht, wie er im ganzen Geschäftsjahr 1929 nicht erreicht wurde. Wohl seien die Halbenbestände weiter angestiegen. Sie betragen jedoch an Kohlen noch nicht die Förderung von vier Arbeitstagen. Ungünstig sind die Abfahrvorgänge auf dem Kohlenmarkt. Hier muß eine Verschlechterung unbedingt zugegeben werden. Weiter beschäftigte sich der Berichterstatter mit dem polnischen Handelsvertrag und der Ferngasversorgung. Zum polnischen Handelsvertrag gab er nochmals die Stellung unseres Verbandes kund und protestierte energisch dagegen, daß man versuche, die Bergarbeiter für das Nichtzustandekommen des polnischen Handelsvertrages verantwortlich zu machen. Wir sind bereit, im Interesse der Gesamtwirtschaft Opfer zu bringen, können aber unter keinen Umständen einsehen, daß die Bergarbeiter die Opfer allein bringen sollen. Es müssen auch die übrigen Wirtschaftszweige, vor allen Dingen die Landwirtschaft, daran mittragen helfen. Es muß dann aber auch eine andere Einstellung derjenigen Stellen eintreten, die es in der Hand haben, dem niederschlesischen Steinkohlenbergbau zu helfen. Das ist in erster Linie die Eisenbahn, in zweiter Linie jedoch sind es die Stellen, die über die Frage der Ferngasversorgung zu entscheiden haben. Kamerad Hoffmann legte eine Entschließung vor, die auf diese Fragen Bezug nimmt.

Im Geschäftsjahr 1929 hat der Verband den Rechtsschutz in arbeitsrechtlichen Sachen selbst übernommen, um eine einheitliche Bearbeitung der tariflichen und arbeitsrechtlichen Fragen herbeizuführen. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt, da eine bessere Fühlungnahme mit den Mitgliedern eintrat. Bezüglich der Erfolge verweise der Redner auf den gedruckten Geschäftsbericht. Bei der Mitgliederbewegung bemängelte der Referent die außerordentlich große Fluktuation. Einem Gesamtzugang von 2074 Mitgliedern steht ein Abgang von 1783 Mitgliedern gegenüber. Wir können zwar eine Zunahme von 291 Mitgliedern buchen, und zwar bei gleichbleibender Belegschaft, immerhin stehen 1542 Eintritten 1033 Austritte gegenüber. Im Geschäftsjahr 1930 müßten Maßnahmen ergriffen werden, um eine so starke Fluktuation zu verhindern. Der Vermögensbestand des Bezirkes ist gut und gibt zu Bedenken keinen Anlaß.

Der Geschäftsbericht wurde zum Teil kritisch, zum Teil zustimmend entgegengenommen. Auch hier wurde allgemein anerkannt, daß die Bezirksleitung alles getan habe, was im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung zu tun möglich war.

Nach einem kurzen Schlußwort der beiden Berichterstatter wurden nachstehende Entschließungen einstimmig angenommen:

Entschließung I.

„Die am 23. Februar 1930 tagende Bezirkskonferenz verurteilt aufs schärfste das Vorgehen der RPD. und der sogenannten Gewerkschaftsopposition, die durch Einberufung von Konferenzen und Belegschaftsversammlungen die Einheit der Arbeiterbewegung zersplittern. Die Aufstellung oppositioneller Listen zur Betriebsratswahl wird als schädlich betrachtet und die von der Bezirksleitung gegen diese Zersplitterer eingeleiteten Maßnahmen werden gebilligt.“

Entschließung II.

„Die am 23. Februar 1930 tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, Bezirk Waldenburg, erkennt die im Geschäftsjahr 1929 von der Bezirksleitung geleistete Arbeit im Interesse unserer Mitglieder und unseres Verbandes als richtig an. Sie billigt insbesondere die Haltung der Bezirksleitung in der Frage des polnischen Handelsvertrages und erklärt: Wir wünschen den Abschluß eines han-

delsvertrages mit Polen und sind bereit, im Interesse der gesamten schlesischen Wirtschaft Opfer zu bringen. Wir halten jedoch die Einfuhr von 350 000 T. Rohle als viel zu hoch. Wir fordern, daß nicht nur die Bergarbeiter, sondern auch die übrigen Teile der Wirtschaft Opfer bringen. Durch Erleichterung verkehrstechnischer und frachttariflicher Art muß der niederschlesische Bergbau für die gebrachten Opfer entschädigt werden.

Die Konferenz billigt weiter die Haltung der Bezirksleitung in der Frage der Ferngasversorgung, und zwar aus der Erwägung heraus, daß eine wirtschaftliche und kulturelle Besserstellung der Belegschaft nur unter Ausnützung aller wirtschaftlichen und technischen Errungenschaften möglich ist. Die Ausnützung des Gases ist für uns keine Macht, sondern eine Lebensfrage.

Die Konferenz erwartet deshalb von den zuständigen Stellen, darunter auch von der Stadt Breslau, daß sie alle Bedenken dogmatischer Art zurückstellen, um den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg des Reviers nicht unmöglich zu machen.“

Die Neuwahl der Beisitzer in der Bezirksleitung und der Revisionskommission ergab die Wiederwahl der bisherigen Kameraden. Nach einem nochmaligen Appell an die Delegierten, auch im kommenden Geschäftsjahr die Bezirksleitung zu unterstützen und die Agitation für die Betriebsratswahl mit allen Mitteln zu betreiben, wurde die außerordentliche Konferenz mit einem Hoch auf die deutsche und internationale Bergarbeiterbewegung geschlossen.

Geschäftsstelle Bienenburg.

Die sehr zahlreich besuchte Konferenz fand am 23. Februar in Goslar statt. Vom Hauptvorstand war Kamerad Ludwig Lehmann und von der Bezirksleitung der Bezirksleiter, Kamerad Bode, anwesend. Gehmann referierte über Bedingungsfragen. In anschaulicher Weise verstand er es, den Anwesenden die zum Teil sehr schwierigen Rechtsverhältnisse und den heutigen Stand der Rechtsprechung über Bedingerecht klarzumachen.

Im zweiten Teil der Tagesordnung gab Kamerad Rauch den Jahresbericht der Geschäftsstelle. Ausgehend von der Marktlage auf dem Weltmarkt in Metallen, welche durch den Preisrückgang in den letzten Monaten sich für den Oberharz Erzkörperbau sehr ungünstig auswirkte, behandelte er die Wirtschaftslage in den übrigen sich im Bereiche der Geschäftsstelle befindlichen Bergbauarten. Im allgemeinen müßte festgestellt werden, daß, außer dem Metallbergbau, für den Eisenerz- und Kaliberbergbau das Jahr 1929 ein günstiges gewesen sei. Die Beschäftigung sei stabil geblieben. Nur auf dem Steinsalzabbau wolle während des ganzen Jahres Feierschichten zu verzeichnen gewesen. Die Löhne im Oberharz haben während des Berichtsjahres, nachdem die letzte Lohnzulage im November 1928 erfolgt sei, keine Aufbesserung erfahren. Der Lohnsatz sei zum 31. Dezember 1929 gekündigt. Die Verhandlungen im Januar dieses Jahres hätten kein Ergebnis erzielt. Der Lohnsatz sei bis zum 31. Mai d. J. verlängert. Im Kaliberbergbau ist am 22. Januar 1929 durch Schiedspruch der Hauerlohn auf 7 M. erhöht worden. Im Eisenerzbergbau der Isfelder Hütte sei der Lohn durch zweimalige Aufbesserungen auf 6,15 M. für den Hauer festgelegt. Ebenfalls konnte für die Grube Fortuna der Lohn in der Spitze um 20 Pf. erhöht werden. Außerdem ist in der Kalindustrie die Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden und im Isfelder Bergbau auf 9 Stunden über Tage festgelegt. Ebenfalls ist für die Grube Fortuna die Arbeitszeit auf 9 Stunden festgelegt. Für den Metallbergbau und den Isfelder Bergbau ist es möglich gewesen, eine neue, dem Stande der heutigen Rechtsprechung besser Rechnung tragende Arbeitsordnung festzusetzen.

Der Mitgliederbestand hat sich auch im Berichtsjahre in erfreulicher Weise um 100 Mitglieder erhöht. Er stieg durch 353 Neueintritte und Uebertritte auf 2209. Durch Ausscheiden und Uebertritte von 252 Mitgliedern war am 1. Januar d. J. ein Bestand von 1957 Mitgliedern zu verzeichnen. Rund neun Zehntel der neuen Mitglieder sind durch Hausagitation gewonnen. Dieses Prinzip, welches uns die besten und dauerhaftesten Erfolge gebracht hat, muß beibehalten werden.

Belegschaftsversammlungen fanden 14 statt, Zahlstellenversammlungen 34, außerdem 5 Konferenzen der Funktionäre. An Rechtschulungen wurden durchgeführt: Unfall 47, Arbeitsvertrag 20, Knappschaftsweisen 65, Bürgerliches Recht 1, zusammen 133 Fälle. Mit Erfolg sind 48 Fälle durchgeführt. An

geldlichen Erfolgen ist aus allen Fällen der Betrag von 4818 M. erzielt worden. Dabei ist zu bemerken, daß der größte Teil aus der sozialen Versicherung herrührt und nur als Monatsbeträge anzuleihen ist. An Schriftsätzen in Rechtsschulungen wurden 79 angefertigt. Der Geschäftsstellenleiter war in 84 Fällen als Parteivertreter und in 18 Fällen als Beisitzer an Arbeitsgerichten, am Arbeitsamt, an Schiedsstammern und Schlichtungsausschüssen tätig.

Am Posteingängen erhielt die Geschäftsstelle 1263 Briefe, Postkarten und Drucksachen. Postausgänge waren 1553 zu verzeichnen. Der Markenumfang ist ganz erheblich gestiegen. Es wurden im Berichtsjahre 89 730 Stück umgekehrt gegenüber 82 887 Stück im Vorjahre.

Auch die Einnahmen sind entsprechend gestiegen, gegenüber dem Vorjahre um 11 698 M. Hierin kommt, trotz aller gegnerischen Verpönderungsarbeiten, die Erhaltung und innere Befestigung der gewerkschaftlichen Arbeit klar zum Ausdruck. An Unterstützungen wurden insgesamt 16 432 M. gezahlt.

Weiter befaßte sich die Konferenz mit dem weiteren organisatorischen Aufbau des Verbandes und mit der Beitragsfrage.

Allgemein kam in der Aussprache der Gedanke zum Ausdruck, daß angesichts der tiefsten Arbeitslosigkeit (auch im Bergbau) und angesichts der weiteren Vorstöße der Arbeitgeber, die sozialen Versicherungen abzubauen, zur Erhaltung der Positionen der Arbeiterklasse in den zu erwartenden Abwehrkämpfen größere Mittel bereitgestellt werden müßten.

Geschäftsstelle Bitterfeld.

Nach Ehrung aller Kameraden, die der Tod aus unserer Kampfsmittelle gerissen hat, zeigte Kamerad Burcke im Geschäftsbericht an Hand von statistisch einwandfreiem Material, daß das Geschäftsjahr 1929 für die Unternehmern im Braunkohlenbergbau trotz Krisenercheinungen innerhalb der deutschen Wirtschaft ein günstiges war. Darüber kann auch nicht die im Spätherbst einkehrende Abkühlung von Hausbrandkohle täuschen, die lediglich einen Ausblick für die im Sommer erfolgten ungeheuren, noch in keinem Jahre beobachteten Lieferungen und Abbrufe darstellt.

Der Verband kann im vergangenen Jahr auf eine rege Arbeit und viele Erfolge, die nur durch intensivierte Mitarbeit aller Funktionäre und Mitglieder möglich war, zurückblicken. Einen vollen Erfolg brachte die im Frühjahr stattgefundene Betriebsratswahl. Das Ergebnis dieser wichtigen sozialpolitischen Wahl zeigte auf allen Werken die Führung der freigewerkschaftlichen Kandidaten unter unserer Leitung.

Das Referat des Kameraden Andreas (Halle) über die bevorstehende Betriebsratswahl brachte den Betriebsratsmitgliedern genaue und ausführliche Beschreibung der technischen Durchführung der Wahl.

Als Kandidaten zur Generalversammlung unseres Verbandes wurden mit großer Mehrheit die Kameraden Burcke (Bitterfeld), Stieroth (Ramin) und Puppe (Roßk) vorgeschlagen; von denen wird dann am 6. April durch Zahlstellenwahlen ein Delegierter bestimmt. Gleichzeitig nahm die Konferenz einstimmig den Antrag an, daß nur diese Vorschlagsliste zur Wahl zugelassen wird.

Nachdem die Geschäftsführung auf die stattfindenden Agitationswochen eingehend hingewiesen und neue Mittel und Wege zur Durchführung aufgezeigt hatte, schloß Kamerad Burcke die Konferenz mit dem Wunsche, daß durch einmütiges, geschlossenes Handeln aller Verbandsfunktionäre im Arbeitszeitkampfsjahr 1930 der Achtundtag errungen werde.

Geschäftsstelle Bochum.

Die Konferenz fand am 2. März im neuen Saale des Konjunkturvereins „Wohlfahrt“ für Bochum und Umgebung statt. Der Geschäftsstellenleiter Deppe erteilte zunächst das Wort zu einer kurzen Begrüßung der zahlreich Erschienenen dem Geschäftsführer des Konjunkturvereins, Friedrich, der auch gleichzeitig die enge Verbundenheit zwischen Gewerkschaft und Genossenschaft betonte und zur gegenseitigen Unterstützung und Hilfe ermahnte.

Unser erster Vorsitzender, Kamerad Hagemann, sprach sodann über die Aufgaben und Kämpfe unseres Verbandes in früherer und jetziger Zeit unter besonderer Berücksichtigung der kommenden Betriebsratswahlen. Restlose Zustimmung fand seine Forderung auf Verlängerung der Legislaturperiode der gewählten Betriebsratsmitglieder auf mindestens zwei bis drei Jahre. Einen scharfen Trennungsschritt zog er zwischen den auf

Gicht und Rheuma

zwingt Sie, untläßig und schmerzgebeint hinterm Ofen zu sitzen! Anomalien der Harnsäure im Blut sind die Ursachen. Die Harnsäure versetzt sich zu kristallartigen Gebilden und verurteilt hauptsächlich an den Gelenken usw. Schmerzen und Beschwerden. Tausende von Mitteln und Methoden werden angeboten, aber wenige sind wirksam genug, um die Harnsäure auszulösen und auszuführen. Uns gehen ständig Dankschreiben zu, die beweisen, daß Philippsburger Gicht- und Rheuma-Lee erfolgreich gewesen ist. Er hat in vielen Fällen seine Eignung zur Beseitigung und Ausföhrung abgelagerter, auskristallisierter Harnsäure erwiesen und ist deshalb zur Bekämpfung dieser Leiden sehr zu empfehlen. — Kein Anhalt über Rheuma Leiden sollte diesen hervorragenden Kräutern unbenutzt lassen.

Dankschreiben: Verbaria-Gicht- und Rheumatee hat wunderbar gewirkt, kann bald ohne Stomat gehen. Wilhelm Hilgenfeld, Bietzen, Altmark. — Bin mit Ihrem Gicht- und Rheumatee sehr zufrieden, bereits nach Verbrauch des ersten Paketes trat eine wesentliche Besserung ein, die Schmerzen sind lange nicht mehr so quälend. Frau Ingenieur W. Sieder, Mannheim. — Kur 6—12 Pakete, Paket RM. 3.— und Porto; ab 3 Pakete portofrei! (Um Kur-

unterbrechungen zu vermeiden, bestellte man möglichst nicht unter 3 Paketen auf einmal!) Kögen Sie keinen Kräutertee trinken oder ihn Ihnen die Durchführung der Kur im Büro, in der Fabrik, auf der Weite usw. unmöglich, dann nehmen Sie unsere Verbaria-Kräuterparadies-Kapseln Nr. 44! Keine leuchtendfarbene Tabletten, gefüllt mit feinverpulverten Verbaria-Gicht- und Rheuma-Zerkleinerungen. Trinken einzeln, ohne Beigeischnap, sehr wirksam! Originalpackung mit 60 Kapseln RM. 5.—, Großpackung loslos! — Die Zusammenfassung des Tees ist auf der Originalpackung angegeben.

Alleiniger Hersteller: Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg G 401 (Baden)

10 Rosen 4 Mark!

Ihr Garten gewinnt durch Anpflanzung unserer Rosen. Wir liefern nur **kräftige Pflanzen**.

Buschrosen: 10 Stück in 10 Sorten RM. 4.—, 25 Stück in 10 Sorten RM. 9.—, 25 Stück in 25 Sorten RM. 10.—, Kletterrosen in verschiedenen Sorten: 1 Stück RM. 0,75, 10 Stück RM. 7.—.

Hochstammrosen i. v. S.: 75—100 cm Kronenhöhe, 1 St. RM. 1,75, 10 St. RM. 17.—, 100—140 cm 1 St. RM. 4.—, 10 St. RM. 19.—, Trauerrosen, 160—200 cm, 1 Stück RM. 4.—, Winterharte Blütenrosen, 10 St. in 10 Sorten RM. 4.—, Edelhybriden: 10 Stück in 10 Sorten RM. 5.—.

Jede Pflanze wird pflanzertauglich mit Namen- u. Farbenbezeichnung geliefert. Versand nur gegen Nachnahme. Garantie für gute Anknüpfung. Beste Pflanzzeit? Je früher, desto besser! Illustrierter Hauptkatalog über Rosen, Obstbäume, Sämereien, Johannisbeeren usw. mit Kultur-Anweisungen gratis.

F. Paulsen G. m. b. H., Baumschulen Elmshorn, Königstraße 61

Webwaren zu Fabrikpreisen. Nur an Private!

85 Ungeländertes Baumwolltuch, prima, sehr haltbar, 140 cm RM. 0,68, 78 cm —, 46

86 Weißes Semebentuch, meine beste Sorte, reichlich inonig, vom Güten das Beste, besondere Gelegenheit! 130 cm anlant RM. 1,10 nur —, 73

87 Hofentwurf, Jagen, Mandelstein, sehr strap. schwere Sorte, braun, oliv, grün, schwarz, blau, 69 cm RM. 2.—

88 Bettlinder, 140/200 cm, aus gut. Stoff, Reichtum der Färbung, 140/190 cm RM. 1,95

Außerdem bringen wir eminent billige Angebote in Webwaren, Strümpfen, Tricotagen, Webstoffschnur. — Bestellen Sie noch heute Spezialität handverarbeiteter Artikel gratis. Versand ab RM. 10.—, ab RM. 20.— portofrei, ab RM. 30.— wertvolles Geschenk!

Webco-Versand
Nürnberg 46, Knauerstr. 25.
Großvertrieb. — Eigene Fabrikation.

Plauemmus

n. best. getrockn. Plauem mit. Zusatz feinst. Früchte hergestellt und mit f. Jucker eingedickt

10-Pf. „Kollmeier“ . . . 3,90
25-Pf. „Sahnelecker“ . . . 9.—
10-Pf. „Erdbeere“ . . . 4,50
10-Pf. „Schokolade“ . . . 11.—
10-Pf. „Schokolade“ . . . 11.—
10-Pf. „Schokolade“ . . . 11.—

Freiwillige, mit 50% n. J. 10-Pf. „Kollmeier“ . . . 5.—
10-Pf. „Erdbeere“ . . . 3,15
10-Pf. „Schokolade“ . . . 3,15
Preis ab hier gegen Nachn.

Heiser-Beckstein
Konjunkturfabrik
Magdeburg-N. 117

Reispressfutter füttert wie Milch

vorrätigstes, billiges Voll- und Mischfutter für sämtl. Schweine zum Mastzwecke, auch Erlaunen ab 9.00, 5.00, 4.50, 4.00, 3.50, 3.00, 2.50, 2.00, 1.50, 1.00, 0.50, 0.25, 0.10, 0.05, 0.025, 0.0125, 0.00625, 0.003125, 0.0015625, 0.00078125, 0.000390625, 0.0001953125, 0.00009765625, 0.000048828125, 0.0000244140625, 0.00001220703125, 0.000006103515625, 0.0000030517578125, 0.00000152587890625, 0.000000762939453125, 0.0000003814697265625, 0.00000019073486328125, 0.000000095367431640625, 0.0000000476837158203125, 0.00000002384185791015625, 0.000000011920928955078125, 0.0000000059604644775390625, 0.00000000298023223876953125, 0.000000001490116119384765625, 0.0000000007450580596923828125, 0.00000000037252902984619140625, 0.000000000186264514923095703125, 0.0000000000931322574615478515625, 0.00000000004656612873077392578125, 0.000000000023283064365386962890625, 0.000000000011641532182693484425390625, 0.0000000000058207660913467422126953125, 0.000000000002910383045673371109269765625, 0.000000000001455191522836685554634828125, 0.0000000000007275957614183427778174140625, 0.00000000000036379788070917138888870703125, 0.000000000000181898940354585694444353515625, 0.00000000000009094947017729284722217678125, 0.0000000000000454747350886464236113390625, 0.00000000000002273736754432321180566953125, 0.00000000000001136868377216160590282578125, 0.000000000000005684341886080302951412890625, 0.0000000000000028421709430401514757564425390625, 0.00000000000000142108547152007573787822126953125, 0.000000000000000710542735760037868939113390625, 0.0000000000000003552713678800189344695566953125, 0.0000000000000001776356839400094672348282578125, 0.0000000000000000888178419700047336174140625, 0.00000000000000004440892098500236680870703125, 0.000000000000000022204460492501183404353515625, 0.00000000000000001110223024625059170217678125, 0.000000000000000005551115123125295351412890625, 0.0000000000000000027755575615626286757564425390625, 0.0000000000000000013877787807813143888870703125, 0.000000000000000000693889390390657194444353515625, 0.00000000000000000034694469519532859722217678125, 0.0000000000000000001734723475976643986113390625, 0.0000000000000000000867361737988324944695566953125, 0.000000000000000000043368086899417222348282578125, 0.0000000000000000000216840434497086113390625, 0.0000000000000000000108420217248543056695566953125, 0.000000000000000000005421010862427178348282578125, 0.0000000000000000000027105054312138939113390625, 0.00000000000000000000135525271560694695566953125, 0.0000000000000000000006776263578034722217678125, 0.0000000000000000000003388131789017113390625, 0.000000000000000000000169406589450556695566953125, 0.00000000000000000000008470329472528348282578125, 0.0000000000000000000000423516473626419444353515625, 0.00000000000000000000002117582368132222217678125, 0.000000000000000000000010587911840661113390625, 0.00000000000000000000000529395592032556695566953125, 0.0000000000000000000000026469779601628348282578125, 0.000000000000000000000001323488980081419444353515625, 0.0000000000000000000000006617444900407086113390625, 0.0000000000000000000000003308722450203543056695566953125, 0.000000000000000000000000165436122510177178348282578125, 0.000000000000000000000000082718061252558939113390625, 0.0000000000000000000000000413590306262949444353515625, 0.00000000000000000000000002067951531314722217678125, 0.000000000000000000000000010339757656637113390625, 0.0000000000000000000000000051698788283168056695566953125, 0.000000000000000000000000002584939414154028348282578125, 0.000000000000000000000000001292469707077201419444353515625, 0.00000000000000000000000000064623485353861086113390625, 0.0000000000000000000000000003231174267693043056695566953125, 0.000000000000000000000000000161558713384671543056695566953125, 0.0000000000000000000000000000807793569232337178348282578125, 0.0000000000000000000000000000403896784616688939113390625, 0.000000000000000000000000000020194839230834444353515625, 0.00000000000000000000000000001009741961541722217678125, 0.0000000000000000000000000000050487098077086113390625, 0.0000000000000000000000000000025243549038543056695566953125, 0.0000000000000000000000000000012621774519271543056695566953125, 0.0000000000000000000000000000006310887259637178348282578125, 0.000000000000000000000000000000315544362981688939113390625, 0.0000000000000000000000000000001577721814908444353515625, 0.0000000000000000000000000000000788860907454222217678125, 0.0000000000000000000000000000000394430453727113390625, 0.0000000000000000000000000000000197215226863543056695566953125, 0.0000000000000000000000000000000098607613431688939113390625, 0.000000000000000000000000000000004930380671543056695566953125, 0.0000000000000000000000000000000024651903357178348282578125, 0.0000000000000000000000000000000012325951678637178348282578125, 0.000000000000000000000000000000000616297583931688939113390625, 0.0000000000000000000000000000000003081487919637178348282578125, 0.000000000000000000000000000000000154074395981688939113390625, 0.0000000000000000000000000000000000770371979908444353515625, 0.0000000000000000000000000000000000385185989954222217678125, 0.0000000000000000000000000000000000192592994977113390625, 0.00000000000000000000000000000000000962964974863543056695566953125, 0.00000000000000000000000000000000000481482487431688939113390625, 0.0000000000000000000000000000000000024074124371543056695566953125, 0.000000000000000000000000000000000001203706218637178348282578125, 0.00000000000000000000000000000000000060185310931688939113390625, 0.000000000000000000000000000000000000300926554637178348282578125, 0.00000000000000000000000000000000000015046327731688939113390625, 0.000000000000000000000000000000000000075231638658444353515625, 0.000000000000000000000000000000000000037615819329222217678125, 0.0000000000000000000000000000000000000188079096646113390625, 0.0000000000000000000000000000000000000094039548323056695566953125, 0.0000000000000000000000000000000000000047019774161543056695566953125, 0.00000000000000000000000000000000000000235098870808444353515625, 0.00000000000000000000000000000000000000117549435404222217678125, 0.0000000000000000000000000000000000000005877471770113390625, 0.0000000000000000000000000000000000000002938735885056695566953125, 0.000000000000000000000000000000000000000146936794252

